

Lehrkräftemangel: SchülerInnen werden initiativ



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Wieder mal ist ein Jahr herum, ein Jahr mit viel Finsternis, Beispiele hierfür zu nennen würde diesen Rahmen total sprengen, wären aber kinderleicht. Es gibt aber auch Licht: die Bewegung Friday for Future z.B. hat einen ungeahnten Aufschwung genommen. Damit wird einerseits deutlich, dass der Klimawandel an die vordere Problemstelle gerückt ist und andererseits, dass unsere Jugend sich zunehmend aktiviert und selbstbewusst für ihre Zukunft auftritt, wie im Übrigen auch die neue Shell-Studie (s. S. 24/25) zeigt.

Für die berufsbildenden Schulen sind aus gewerkschaftlicher Sicht m.E. nach wie vor drei Problembe-
reiche aktuell:

- **Lehrernachwuchs.** Trotz Sondermaßnahmen des HKM (Quereinstieg) bleibt das Problem ungelöst (s.a. S. 21). Eine grundsätzlich neue Idee zur Gewinnung von fachlich wie auch pädagogisch qualifizierten Lehrkräften ist nicht in Sicht
- **Gebäudezustand.** Auch an vielen Berufsbildenden Schulen gibt es einen erheblichen Sanierungsstau und Bedarf an Neubauten andererseits
- **Lehrerfortbildung.** Die dritte Phase der Lehrerbildung ist nach wie vor unterentwickelt, insbesondere auch für die Lehrkräfte an den BBS.

Und dann beglückt uns neuerdings der Digitalpakt mit seinen Milliarden (?), ohne dass die erforderlichen Lehrerfortbildungen und der IT-Support gelöst sind geschweige denn, dass die Frage, inwieweit digitale Medien pädagogisch sinnvoll und ergänzend zum analogen Lernen eingesetzt werden können, beantwortet ist (s. S. 7-9).

Und – trotz aller Anstrengungen: die PISA-Studie 2018 hat für Deutschland wiederum Erschreckendes herausgefunden: 20 Prozent aller 15-Jährigen erreichen im *Lesen* gerade mal Grundschulniveau. Mehr als 20 Prozent der 15-Jährigen verfügen lediglich über rudimentäre *Mathematik-Kenntnisse* und 20 Prozent scheitern in den *Naturwissenschaften* an den Mindestanforderungen.

Schließlich – und das ist das Entscheidende: das sind auch die Schüler*innen, die derzeit und in den folgenden Jahren an die Berufsbildenden Schulen kommen und mit denen sich die Lehrkräfte so befassen müssen, dass sie noch eine Chance auf Abschluss und Anschluss in Ausbildung oder weiterführende Schulformen bekommen.

Ich wünsche Euch Allen für das kommende Jahr 2020 alles Gute, privat wie auch beruflich. Ich wünsche Euch, dass Ihr am Ende 2020 sagen könnt: ich habe meinen Teil dazu beigetragen, dass viele junge Menschen zuversichtlich und kompetent ihren weiteren Lebensweg gehen können. Und schließlich ende ich mit den Worten eines in vielerlei Hinsicht herausragenden Menschen.

Bildung ist die mächtigste Waffe, mit der Sie die Welt verändern können.
(Nelson Mandela)

Dieter Freid

INHALTSVERZEICHNIS

GEW im HPRL	3
News	4
PISA 2018	6
Digitalpakt Förderrichtlinie	7
13 heiße Tipps	8
HPRL – Intern	10
Produktionsschulen bundesweit	12
Schulsozialarbeit	13
Projekt FUTURE.LAB.Schule 2030	14
Publikationen	16
Der Geldlehrer	17
Erzieher*innen brauchen kompetente Lehrkräfte	18
Lob und Preis	20
Hauptamtlich Lehrende an BBS	21
MTA-Berufe	22
Germany First	23
SHELL-Jugendstudie 2019	24
Gründerwettbewerb der FOS Wirtschaft	26
Zukünftige Berufe und Qualifikationen	28
Durchwachsene Ausbildungsbilanz 2019	29
Berufsbildungsgesetz und Fortbildung	30
GastroINKLUSIV	31
Veranstaltungen	32

GEW IM HAUPTPERSONALRAT — DEM MINISTERIUM DIE STIRN BIETEN!

Bei der letzten Hauptpersonalratswahl 2016 erlangte die GEW an den Berufsbildenden Schulen ein Ergebnis von 58,1 %. Von insgesamt 23 Sitzen gingen 15 an die GEW, 4 an den dlh/glb, 2 an den VBE und 2 an die Unabhängigen. Mit Bettina Happ-Rohé und Ralf Becker zogen zwei Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen für die GEW in den Hauptpersonalrat (HPRLL) ein. Markus Heberling war als erster Nachrücker an fast allen Sitzungen anwesend. In den letzten vier Jahren wurden alle Initiativen und Stellungnahmen im Bereich Berufsbildende Schulen von diesen über die GEW Fraktion in den HPRLL eingebracht. Von den anderen Fraktionen kam nichts.

Während der **Schulpersonalrat** mit der Schulleitung Dinge verhandelt, die nur die Schule betreffen, und der **Gesamtpersonalrat** (GPRLL) Angelegenheiten, die nur das Schulamt betreffen, verhandelt der **Hauptpersonalrat** mit dem Kultusministerium Dinge, die alle Lehrkräfte betreffen bzw. die über einzelne Schulen bzw. Schulämter hinaus wirken. Darüber hinaus ist der HPRLL Stufenvertretung und verhandelt Angelegenheiten, bei denen sich Schulpersonalrat und Schulleitung oder GPRLL und Schulamt nicht einigen konnten.

Basis der Arbeit des HPRLL ist ein enger Kontakt zu den GPRLL über den Personalräteausschuss der GEW und eine enge Anbindung an den GEW Landesvorstand. Die Stärke der GEW-Fraktion im HPRLL ist darüber hinaus durch die gute Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen in der

GEW-Geschäftsstelle im Zimmerweg möglich.

In den letzten Jahren konnten in vielen Bereichen Verbesserungen gegenüber den Vorstellungen des Ministeriums erzielt werden. Ein Beispiel: Seiteneinstiegsprogramme in Mangelfächern wurden so ausgestattet, dass den Teilnehmenden bessere Entlastungen gewährt und dass den Schulen Mentorenstunden zugewiesen wurden.

Die GEW-Fraktion war die einzige, die sich im HPRLL für die Anliegen der at.-Fachlehrende eingesetzt hat. Durch die Initiative der GEW kam es zu einem einstimmigen Landtagsbeschluss, dass die Landesregierung für at.-FL Aufstiegsmöglichkeiten schaffen soll. In einem ersten Schritt hatte das Ministerium 20 zusätzliche Beförderungsstellen nach A12 geschaffen. Auf Drängen der GEW-Fraktion im HPRLL wurde per Erlass erstmals und bundesweit einmalig eine Regelaufstiegsmöglichkeit für at.-FL in den höheren Dienst geschaffen. Die im Erlass festgelegten Bedingungen sind jedoch so schlecht, dass kaum jemand diese Möglichkeit wahrnehmen kann. Der HPRLL hat dies massiv kritisiert und wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Bedingungen besser werden.

Die politischen Machtverhältnisse, die sich auch im ministeriellen Handeln widerspiegeln, bedingten, dass die meisten Erfolge nur im Kleinen erzielt werden konnten. So wurden in unzähligen Stufenverfahren Verbesserungen für einzelne Lehrkräfte und Schulen erzielt, unnütze Regelungen in Verordnungen und Erlassen wurden verhindert,

bessere Regelungen wurden in Verordnungen und Erlasse aufgenommen usw. Die GEW-Fraktion im HPRLL hat hier einiges im Kleinen aber dennoch durchaus Wichtiges erreicht.

Die GEW Landesdelegiertenversammlung hat mit Bettina Happ-Rohé, Ralf Becker und Markus Heberling drei Lehrkräfte aus Berufsbildenden Schulen auf vordere und somit aussichtsreiche Plätze der Liste für den HPRLL 2020 gesetzt. Hiermit sind bei entsprechendem Wahlergebnis die Interessen der Berufsbildenden Schulen von Seiten der GEW Fraktion im HPRLL gut und kompetent vertreten.

In den nächsten Jahren stehen Änderungen an, die eine starke GEW-Fraktion und eine starke Kompetenz aus den Berufsbildenden Schulen im HPRLL notwendig machen. Die Umsetzung des „Bündnis Ausbildung Hessen“ durch die Landesregierung ist kritisch zu begleiten. BÜA soll in Regelform überführt werden. Die Fachklassenstandorte sollen neu festgelegt werden. Der Lehrkräftemangel ist anzugehen und vieles mehr.

Von Seiten des VBE, des dlh/glb und der Unabhängigen sind wenig bis keine Initiativen im HPRLL zur Verbesserung der Situation an den Schulen und insbesondere an den Berufsbildenden Schulen zu erwarten.

Wer bessere Bedingungen an Berufsbildenden Schulen will, muss deshalb am 12./13. Mai **GEW** wählen.

*Ralf Becker,
GEW-Mitglied im HPRLL*

Open Educational Resources (OER) für die Berufsbildung

OER (Offene Bildungsmaterialien) werden für die berufliche Bildung zunehmend interessant. Mit der Broschüre führt das BIBB grundlegend in das Thema ein: Welche rechtlichen Aspekte müssen beachtet werden? Wo finden sich OER? Wie können sie selbst erstellt werden? Welche Konzepte der Finanzierung gibt es? Die BIBB-Broschüre ist downloadbar unter www.BIBB.de

Freie Materialien für den Unterricht bei OER.schule

Freie Bildungsmaterialien (OER) ermöglichen Lehrerinnen und Lehrern einen rechtssicheren Einsatz von Materialien im Schulunterricht sowie Möglichkeiten, diese zu vervielfältigen, zu verändern bzw. selber zu erstellen, zu kombinieren und zu verbreiten. Durch eine Förderung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus konnte das FWU Institut für Film und Bild sein OER-Portal erweitern, um freie, lizenzrechtlich und qualitativ geprüfte Materialien zur Verfügung zu stellen.

www.oer.schule.de

Schwarzbuch Ausbildung

Eine Hotelfachfrau muss in ihrer Ausbildung zehn bis dreizehn Stunden am Stück arbeiten und einem angehenden Industriekaufmann werden Schläge angedroht, weil er nicht schnell genug arbeitet - das

neue „Schwarzbuch Ausbildung“ der DGB-Jugend zeigt: In vielen Ausbildungsbetrieben gibt es immer noch dringenden Handlungsbedarf.

Das „Schwarzbuch Ausbildung“ ist eine Ergänzung zum Ausbildungsreport der DGB-Jugend und zeigt anhand vieler individueller Fälle die Realität hinter den Zahlen und Statistiken des Reports auf. Die Fälle sind im „Schwarzbuch“ thematisch sortiert, was den Lesenden einen schnellen Überblick bietet. Die Themenüberschriften lauten: Ausbildungsfremde Tätigkeiten, Mobbing, Überstunden und Urlaub, Vergütung sowie Sexuelle Belästigung und körperliche Gefährdung.

Ausbildungsordnungen

Der BIBB-Hauptausschuss hat am 11.12.2019 den **Entwürfen der Ausbildungsordnungen zum/ zur**

- ☛ Kaufmann/-frau für Groß- und Außenhandelsmanagement,
 - ☛ Mediengestalter/in Bild und Ton,
 - ☛ Hauswirtschafter/in,
 - ☛ Bankkaufmann/-frau,
 - ☛ IT-Berufe (Kaufmann/-frau für IT-System-Management, Fachinformatiker/in, IT-System-Elektroniker/in, Kaufmann/-frau für Digitalisierungsmanagement)
- zugestimmt.

Neue Meisterpflicht

Anfang 2020 wird die Meisterpflicht für 12 Berufe wieder

eingeführt, darunter Fliesenleger und Raumausstatter. 2004 war die Meisterpflicht in mehr als 50 Handwerksberufen aufgehoben worden.

Pflegeausbildung

Am 29.10.2019 beschloss der Hess. Landtag einen Pflegeausbildungsfonds, der künftig Betriebe und Schulen in Hessen finanziell unterstützen soll, die Nachwuchskräfte für die Pflege ausbilden. Die Betriebe sollen einen Ausgleich dafür bekommen, dass sie ihren Auszubildenden nach Vorgaben des Bundes eine Mindestvergütung zahlen müssen. Da Pflegeschulen bundesweit kein Schulgeld mehr verlangen dürfen, soll der Fonds auch hier finanziell einspringen. Absolut bemerkenswert ist, dass ab 2020 alle Einrichtungen für die Ausbildung von Pflegekräften zahlen müssen, auch diejenigen, die nicht ausbilden. Insoweit haben wir nach der Baubranche den zweiten Bereich, in dem es eine Umlagefinanzierung gibt. Die DGB-Gewerkschaften fordern schon seit Jahrzehnten eine solche Umlagefinanzierung für alle Berufsausbildungen.

Abfrage an Berufsschulen

Die hessischen Chemiearbeitgeber haben durch das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur der Goethe-Universität Frankfurt ihre Auszubildenden nach ihrer Meinung zu Berufsschulen befragt. Das Ergebnis unter dem Strich: auf die Schulträger und das Land wartet noch viel Arbeit. Das gelte für den Unterricht wie für die Ausstattung der Berufsschulen mit moderner Technik, aber auch für den Zustand vieler Gebäude. Der Verband macht dem Land Hessen

das Angebot, gemeinsame Weiterbildungen für Ausbilder*innen und Berufsschullehrer*innen durchzuführen.

Verzeichnis anerkannter Berufe

Das Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe 2019 ist ab 6. September 2019 auf den Internetseiten des Bundesanzeigers www.bundesanzeiger.de im Amtlichen Teil, Fundstelle: **BAnz AT 06.09.2019 B5**, kostenlos abrufbar (die Druckversion und die PDF-Version sind dort oben rechts angezeigt).

Arbeit mit geflüchteten traumatisierten jungen Menschen: E-Learning unterstützt Lehrkräfte und Sozialarbeitende

Studien belegen, dass mehr als die Hälfte der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Deutschland psychologische Belastungssymptome zeigen. Ein neues kostenloses E-Learning-Programm soll Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte unterstützen, die mit geflüchteten, traumatisierten Jugendlichen arbeiten: www.traumasensibel.de.

In den Kursen werden sowohl theoretisches Wissen zu Trauma und Flucht vermittelt als auch praktisches Handlungswissen in Alltagssituationen geübt. Die interaktive Kursdidaktik ist entlang realer Fluchtgeschichten aufgebaut.

Vier von fünf Jugendlichen werden im Wunschberuf ausgebildet

83% der Bewerberinnen und Bewerber, die eine betriebliche Ausbildungsstelle finden konnten, werden in ihrem Wunschberuf oder einem ihrer Wunschberufe ausgebildet. Dies sind Ergebnisse der repräsentativen BA/BIBB-Bewerberbefragung

2018, die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesagentur für Arbeit (BA) von November 2018 bis Februar 2019 durchgeführt wurde.

BIBB 31.10.2019

Ranking Erneuerbare Energien

Hessen hinten! Man glaubt es kaum. Ausgerechnet ein Bundesland mit grüner Regierungsbeteiligung (grüner Wirtschaftsminister, grüne Umweltministerin) schneidet in einem von der Agentur für Erneuerbare Energien nach Auswertung von 61 Indikatoren erstellten Ranking der Bundesländer an fünftletzter Stelle ab. Dazu gehört auch, dass in Hessen 2019 gerade einmal eine Windkraftanlage aufgestellt wurde.

Gemeinnützigkeit aberkannt

„Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen?“, fragte die Holocaust-Überlebende Esther Bejerano Ende November in einem offenen Brief an Finanzminister Olaf Scholz, nachdem der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) die Gemeinnützigkeit aberkannt worden war.

Newsletter Nachhaltigkeit

Spannende Artikel, aktuelle Themen und grüne Tipps finden sich im kostenlosen Newsletter rund um das Thema Nachhaltigkeit.

www.green-lifestyle-magazin.de/newsletter

Bildungsinvestitionen unterdurchschnittlich

Deutschland investiert mit 4,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes weniger in Bildung und Forschung als der EU-Durchschnitt mit 4,6

Prozent. Die EU-Kommission empfiehlt Deutschland, die Investitionen in Bildung, Forschung und digitale Infrastruktur zu erhöhen. Zudem bemängelte sie den hohen Einfluss des sozio-ökonomischen Hintergrundes auf den Bildungserfolg.

www.ec.europa.eu/germany

Spannende Wettbewerbe

☛ BundesUmweltWettbewerb (BUW II)

Gesucht: Projekte zu Umweltthemen, Anmeldung bis 15.3.2020

www.bundesumweltwettbewerb.de

☛ „alle für EINE WELT für alle“

Gesucht: Beiträge aller Art (Videos, Theater, Texte etc.) zum Thema lokales Handeln und globales Mitbestimmen, Anmeldung bis zum 2. März 2020

www.eineweltfueralle.de

Medien und Materialien zum Klimawandel

☛ Bildungswiki „Klimawandel“

Umfassende Infos und Unterrichtsmaterialien zum Klimawandel und seinen Folgen www.wiki.bildungsserver.de/klimawandel

☛ Projektbeispiele auf Klimaschutz.de

Die Website zeigt Praxisbeispiele aus Deutschland, die das Klima schützen www.klimaschutz.de

☛ Greenpeace-Bildungsmaterialien

Didaktisch aufbereitetes Material zu Themen wie Konsum, Plastik, Fleisch, Meere und Klima www.greenpeace.de/bildungsmaterialien

**Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt**

PISA 2018 - WICHTIGE ERGEBNISSE

Die PISA-Studie 2018 ist die siebte Leistungsvergleichsstudie der OECD seit 2000 und die größte ihrer Art. Insgesamt haben sich 600.000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren in 79 Ländern beziehungsweise Regionen beteiligt. (In Deutschland 5451 Schülerinnen und Schüler an 223 Schulen). Getestet wurden die Jugendlichen in den drei Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften. Hauptdomäne war die Lesekompetenz. In dem zweistündigen Test wurde weniger das Fachwissen getestet als vielmehr die Fähigkeit, das Wissen kreativ in realen Alltagssituationen anzuwenden. Das Schulportal hat wichtige Ergebnisse der Studie zusammengefasst.

Deutschland im internationalen Vergleich: Im Ländervergleich liegt Deutschland in den drei Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften jeweils etwas über dem OECD-Durchschnitt, jedoch nicht in der Spitzengruppe. Unter den OECD-Ländern sind im Bereich Lesekompetenz Estland, Kanada und Finnland ganz vorn. In Mathematik belegen Japan und Korea die ersten Plätze im OECD-Vergleich. Und in den Naturwissenschaften ist ebenfalls Estland auf dem ersten Platz, dicht gefolgt von Japan. Estland, Irland, Polen haben sich im Vergleich zu 2009 stark verbessert. Korea, der Spitzenreiter von 2009, verliert ebenso wie Japan.

Entwicklung der Lesekompetenz: Die durchschnittlichen Leseleistungen in Deutschland sind nach den Verbesserungen bis 2012 wieder auf das Niveau von 2009 zurückgegangen. Betrachtet man die 35 OECD-Länder liegt Deutschland beim Lesen auf Platz

15. Jeder fünfte 15-Jährige erreicht gerade einmal Grundschulniveau. Der Anteil dieser besonders leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler hat sich gegenüber 2009 um 4 Prozent erhöht. Der Anteil der leistungsstarken Schüler ist seit 2009 gewachsen und liegt nun bei 11 Prozent. Daraus folgt, dass sich die Schere zwischen leistungsstarken und -schwachen Schülerinnen und Schüler weiter geöffnet hat. Die Lesefreude ist geringer ausgeprägt als im OECD-Durchschnitt. In Deutschland gibt die Hälfte der Jugendlichen an, nicht zum Vergnügen zu lesen. In nahezu allen OECD-Staaten ist dieser Anteil höher.

Leistungen in Mathematik: Mehr als ein Fünftel der 15-Jährigen verfügt lediglich über rudimentäre Mathematik-Kenntnisse. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die am Mindestniveau scheitern, ist im Vergleich zu 2012 von 18 auf 21 Prozent gestiegen. 79 Prozent erreichen das Mindestniveau oder mehr. Eine der beiden höchsten Kompetenzstufen schaffen in Deutschland 13 Prozent der Getesteten. Insgesamt ist der Trend negativ. 2012 zählten noch 17 Prozent zu den Leistungsstarken.

Trend in den Naturwissenschaften: Am stärksten abgefallen sind in Deutschland die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler in den Naturwissenschaften. Im Vergleich zu PISA 2006 verringert sich der Durchschnitt laut OECD um 13 Punkte. 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler scheitern in PISA 2018 an den Mindestanforderungen. Der Anteil der besonders leistungsschwachen Jugendlichen hat im Vergleich zu PISA 2015 zugenommen. Zur Kategorie der besonders leistungsstarken

Schülerinnen und Schüler zählen 10 Prozent.

Zusammenhang von Kompetenzen und sozialer Herkunft: Die Abhängigkeit der Lesekompetenz vom sozioökonomischen Hintergrund der Eltern wächst in Deutschland. Die privilegiertesten 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben beim Lesen einen Leistungsvorsprung von 113 Punkten gegenüber den am stärksten benachteiligten 25 Prozent. Im Jahr 2009 war dieser Abstand mit 104 Punkten deutlich geringer. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 89 Punkten. Unter den begünstigten Kindern zählen 28 Prozent zu leistungsstarken Schülerinnen und Schülern, unter den benachteiligten Jugendlichen gilt dies nur für 3 Prozent. Auch in Mathematik und in den Naturwissenschaften waren die Leistungsunterschiede je nach sozialem Hintergrund in Deutschland größer als im OECD-Durchschnitt.

Personal- und Ausstattung: Im Rahmen der PISA-Erhebung wurden auch Schulleitungen zur Ausstattung befragt. In Deutschland berichten Schulleitungen demnach über größere Personal- und Ausstattungsmängel als im OECD-Durchschnitt, und Schulen in sozial kritischen Lagen sind davon am stärksten betroffen. 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Schulen in kritischen Lagen sind von Lehrkräftemangel betroffen. An Schulen in günstigen sozialen Lagen gilt das nur für 34 Prozent der Schülerinnen und Schüler.

*Aus: Das Deutsche Schulportal,
03.12.2019*

Weitere Informationen: www.pisa.tum.de und www.pisa.oecd.org

FÖRDERVERFAHREN KANN STARTEN

Die Förderrichtlinie zur Umsetzung des Digitalpakts Schule in Hessen ist heute in Kraft getreten – Ab jetzt können Anträge gestellt werden.

Mit der Veröffentlichung im Staatsanzeiger tritt heute die Förderrichtlinie zur Umsetzung des Digitalpakts Schule in Hessen in Kraft.

Nach der Verabschiedung des „Gesetzes zur Förderung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur“ (Hessisches Digitalpakt-Schule-Gesetz – HDigSchulG) Ende September ist in den vergangenen Wochen die Förderrichtlinie für Hessen mit dem Bund, den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesrechnungshof abgestimmt worden. Sie ist Grundlage für das Förderverfahren und bestimmt, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form die Schulträger Förderanträge für die Schulen stellen können.

Mit dem Digitalpakt werden Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur gefördert.

Förderfähige Maßnahmen sind demnach:

- Aufbau und Verbesserung der digitalen Vernetzung im Schulgebäude und auf dem Schulgelände
- Einrichtung von WLAN
- Aufbau und Weiterentwicklung digitaler Lehr-Lern-Infrastrukturen, die das Landesangebot sinnvoll ergänzen
- Anzeige- und Interaktionsgeräte (zum Beispiel interaktive Tafeln, Beamer, Displays nebst dazugehöriger Steuerungsgeräte) zum Betrieb in der Schule mit Ausnahme von Geräten für vorrangig



© Fotolia/Syda Productions

verwaltungsbezogene Funktionen

- digitale Arbeitsgeräte, beispielsweise für die technisch-naturwissenschaftliche Bildung oder fachrichtungsbezogene Bildung an beruflichen Schulen
- Systeme, Werkzeuge und Dienste, die dem Ziel dienen, bei bestehenden Angeboten Leistungsverbesserungen herbei zu führen, die Service-Qualität bestehender Angebote zu steigern oder die Erweiterungs- und Anschlussfähigkeit bestehender oder neu zu entwickelnder digitaler Infrastrukturen herzustellen oder zu sichern
- Einrichtung von Strukturen für die professionelle Administration und Wartung digitaler Infrastrukturen im Zuständigkeitsbereich von Schulträgern. Personalkosten der Schulträger sind hierbei nicht förderfähig.
- unter besonderen Voraussetzungen auch schulgebundene Lap-

tops, Notebooks und Tablets

Förderanträge stellen

Wesentliche Voraussetzung für einen Förderantrag ist die Vorlage eines Medienbildungskonzepts durch jede einzelne Schule. Das Medienbildungskonzept hat mindestens die folgenden Angaben zu enthalten:

- ♦ eine Bestandsaufnahme bestehender und benötigter Ausstattung,
- ♦ ein pädagogisch-technisches Einsatzkonzept sowie
- ♦ eine bedarfsgerechte Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte.

Unterstützung bei der Erarbeitung und Weiterentwicklung des schuleigenen Medienbildungskonzepts erhalten die Schulen insbesondere durch die Fachberatung Medienbildung an den Staatlichen Schulämtern.

HKM-PM 02.12.2019

13 HEISSE TIPPS, UM DEN DIGITALPAKT ZU VERSIEBEN

Der Digitalpakt Schule kommt. Im neuen Jahr stehen den Ländern also fünf Milliarden Euro zur Verfügung, die sie in digitale Geräte, Programme etc. investieren sollen. Dazu kommen noch komplementäre Landesmittel. Inzwischen hat der Hess. Landtag das entsprechende Gesetz verabschiedet und die Landesregierung hat die Förderrichtlinie zur Umsetzung im Dezember 2019 veröffentlicht (s. S. 7).

Doch wie gelingt der Umstieg auf Digital? Die Schulportal-Kolumnisten Matthias Förtsch und Kai Wörner beschreiben in ihrem Beitrag, wie es nicht laufen sollte.



Bildnachweis: dpa

wenn sie ihren Kindern WhatsApp und Co aufspielen. Dann müssen sie eben auch mit den Konsequenzen leben.

Arbeitsformen, Lerninhalte, Lernziele – alles bleibt gleich – und glitzert jetzt ein wenig digital.

4. Starten Sie den Digitalisierungsprozess so schnell wie möglich. Der Schulträger weiß am besten, welche Technik anzuschaffen ist – dann muss sich die

Schule nicht kümmern. Und fragen Sie bloß nicht nach, welche Bedürfnisse es im Kollegium gibt: Es wird nur alles zerredet! Sie wissen ja eigentlich am besten, wie zeitgemäßes Lernen geht: mit interaktiven Whiteboards nämlich. Damit kann man den Frontalunterricht effektiv abspeichern.

5. Verkündigen Sie das „Ende der Kreidezeit“: Laden Sie Journalistinnen und Journalisten an Ihre Schule ein, und lassen Sie sich vor den neu angeschafften interaktiven Whiteboards fotografieren, damit die Eltern sehen, wie innovativ Sie sind. Verschweigen Sie tunlichst, dass niemand sie bedienen kann und die neuen Tafeln ständig gewartet werden müssen.
6. Bei Ihnen gilt: „Pädagogik vor Technik“. Denn durch die Tech-

Liebe Schulleitungen, Systembetreuerinnen und Systembetreuer und Medienbeauftragte,

hier ein paar Tipps, wie Ihre Schule vom Digitalpakt möglichst wenig profitieren kann:

1. Stellen Sie sich vor das Kollegium und kündigen Sie an, dass die Schule jetzt auf den Kopf gestellt wird. Nichts werde mehr bleiben wie bisher. Erzeugen Sie möglichst viel Angst vor dem Wandel und sagen Sie, dass wir gesellschaftlich wie schulisch vor der größtmöglichen Revolution stehen.
2. Sie wissen, dass Schülerinnen und Schüler als „Digital Natives“ bereits alles können – daher kaufen Sie einfach Tablets, geben sie an die Schüler aus, und los geht’s. Die Schülerinnen und Schüler kennen

bereits alle Videoschnittprogramme; Kollaborationstools und Recherche sowie Quellenprüfung sind ein Klacks.

Digitale Schule

Die neue Webseite des Kultusministeriums www.digitale-schule.hessen.de liefert zur digitalen Schule detaillierte Informationen über das Landesprogramm sowie über Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Medienbildungskonzepte für Schulen und Unterstützungsmöglichkeiten durch die Staatlichen Schulämter.

3. Ignorieren Sie möglichst Phänomene wie Cybermobbing, denn das findet ja meistens außerhalb der Schulzeit statt, und daher ist die Schule dafür auch nicht verantwortlich. Die Eltern sind schließlich selbst schuld,



nik wird sich nichts in Ihrem Unterricht verändern: Arbeitsformen, Lerninhalte, Lernziele – alles bleibt gleich – und glitzert jetzt ein wenig digital.

7. Leuchttürme weisen den Weg, strahlen nachts und geben Orientierungshilfe – warum rufen Sie dann nicht Ihre Schule als „Leuchtturmschule“ aus, um Ihre Erfolge nach außen hin sichtbar zu machen? Kein digitales Faible ohne Label!
8. Laden Sie für den nächsten Pädagogischen Tag eine Referentin oder einen Referenten ein, die oder der von den Gefahren der Vernetzung spricht. Denn gerade für die moderne Lehrkraft gilt: Individualisierung first! Zeichnen Sie am Ende des Schuljahrs Ihre „digitalste Lehrkraft“ aus – nämlich die, die das alles allein geschafft hat.

Damit alle Schülerinnen und Schüler nur so arbeiten können, wie Sie sich das vorstellen, gehört zum Digitalisierungsprozess auf jeden Fall auch eine ausgeklügelte Verbotskultur.

9. Nutzen Sie in der nächsten Lehrerkonferenz „Kahoot!“ und

„Quizlet“ als Feedbacktools, bis auch wirklich das letzte von Ihnen erhobene Item zu Ihrer Zufriedenheit ausfällt.

10. Damit alle Schülerinnen und Schüler nur so arbeiten können, wie Sie sich das vorstellen, gehört zum Digitalisierungsprozess auf jeden Fall auch eine ausgeklügelte Verbotskultur. Eigene Handys und Tablets sollten Sie konsequent aus Ihrer Schule verbannen – denn wozu

haben Sie die ganzen Gerätschaften angeschafft? Nutzen Sie an Ihrer Schule dringend die einschlägigen Apps und Kniffe, damit die Schülerinnen und Schüler nur genau die Seiten im Internet öffnen können, die ihre Lehrerinnen und Lehrer ihnen vorschlagen. Nur so erreichen die Schülerinnen und Schüler Ihre Idee von digitaler Mü(n)digkeit.

11. Absolut wichtig ist auch noch, dass jeglicher Unterricht im Klassenzimmer selbst stattfindet. Verboten Sie Ihrem Kollegium, dass Horden von Schülern das Schulhaus mit ihren Geräten bevölkern, um Ton-, Video- oder Fotoaufnahmen zu machen. Besonders beratungsresistenten Kolleginnen und Kollegen kann man mit Verweisen auf den Datenschutz oder die Aufsichtspflicht bekommen. Digitalisierung heißt Fokussierung – also sollte jeder Schüler möglichst allein und selbstständig arbeiten.

12. Ihre Schule ist kein IT-Unter-

nehmen. Daher müssen sich die Kolleginnen und Kollegen schon selbst darum kümmern, dass die Infrastruktur läuft. (Die Tafel wurde ja schließlich auch immer sauber.) Falls sie das nicht von selbst machen und die Geräte eingepackt bleiben – auch gut: So halten sie länger!

13. Der Top-Tipp: Um das Thema am Laufen zu halten, sollten Sie immer ein Auge offen halten, ob es nicht doch einen noch besseren Hardwareanbieter gibt. Nur das hält Ihre Schule up to date, schafft Vertrauen bei der Lehrerschaft und zeigt Ihre Innovationskraft.



**Viel Freude bei der Umsetzung wünschen
Kai Wörner und Matthias Förtsch, 29. März 2019**

Digitalpakt – Förderrichtlinie

Im Staatsanzeiger Nr. 49 vom 02.12.2019 ist die Förderrichtlinie zur Umsetzung des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024 veröffentlicht.

Der Entwurf der Durchführungshinweise zum Schülerbetriebspraktikum und die Verordnung zur Sicherstellung der verlässlichen Schulzeit und zur Inanspruchnahme von Personaldienstleistungen wurden erörtert. Die Schulämter hatten Beförderungen im Privatschuldienst durchgeführt, obwohl es hierzu keine Rechtsgrundlage gibt. Die Beförderungsstellen kommen aus dem gleichen Topf wie Beförderungen für Lehrkräfte im staatlichen Schuldienst. Auf Initiative des HPRLl hin wurde diese Praxis gestoppt.

Digitalpakt

Die rund 500 Mio. Euro aus dem Digitalpakt werden auf die Schulämter nach Schülerzahlen der Schulen verteilt. Was jeder Schulträger erhält, wurde im Oktober durch den Landtag per Gesetz beschlossen. Die konkrete Umsetzung erfolgt durch eine Förderrichtlinie, die mit dem HPRLl erörtert und im Staatsanzeiger Anfang Dezember veröffentlicht wurde. Danach müssen die Schulen ein Medienkonzept vorlegen. Hier hat der HPRLl durchgesetzt, dass dieses nicht zu umfangreich werden muss. Auf Grundlage der Medienkonzepte bespricht der Schulträger in Absprache mit dem Staatlichen Schulamt, für welche Maßnahmen er welche Mittel beantragt. Der HPRLl hat mit dem HKM vereinbart, dass bei diesen Gesprächen auch immer Vertretungen des GPRLL beteiligt sein sollen. Zur Begleitung des Digitalpakts wurde vom Kultusministerium ein Praxisbeirat eingerichtet, in

dem der HPRLl Mitglied ist.

Das grundlegende Problem der unzureichenden IT-Administration wird durch den Digitalpakt nicht gelöst. Dafür dürfen die Gelder nicht verwendet werden. Das Ministerium weigert sich hier strikt, Gelder zur Verfügung zu stellen, da die IT-Administration Aufgabe des Schulträgers sei.

Stellenzuweisung 2020

Die Stellenzuweisung 2020 für die Beruflichen Schulen erfolgt für ein Haushaltsjahr aufgrund der Schülerzahlen zum November 2019. Aufgrund zurückgehender Schülerzahlen werden 2020 rund 250 Stellen weniger an den Beruflichen Schulen sein im Vergleich zum letzten Jahr, sodass wesentlich weniger Neueinstellungen in 2020 zu erwarten sind. Während der Rückgang von 2008 bis 2017 fast ausschließlich durch den Rückgang dualer Ausbildungen verursacht wurde, waren es in den letzten Jahren neben den Rückgängen bei der Geflüchtetenbeschulung Rückgänge in Vollzeitformen und hier insbesondere im BG und der FOS.

Digitalisierung

Das Ministerium arbeitet mit viel Engagement an der Einrichtung von dienstlichen Emailadressen für alle an Schule Beschäftigten. Der HPRLl hat hierzu eine lange Liste von ungeklärten Fragen formuliert, die das HKM auf der ersten Sitzung nach dem Jahreswechsel beantworten will.

Der Einsatz von Office 365 ist unter Vorbehalt möglich. Der hessische Datenschutzbeauftragte

hatte in einer ersten Stellungnahme noch erklärt, dass Office 365 nicht genutzt werden darf. Nach Besuch einer Delegation von Microsoft ruderte er zurück und erklärte, dass er noch prüfen müsse und dass Office 365 bis auf weiteres genutzt werden könne. Das Ministerium erklärte gegenüber dem HPRLl, dass mögliche rechtliche Konsequenzen beim Einsatz von Office 365 durch den dienstlichen Rechtsschutz abgedeckt seien und sich somit niemand in Schulen strafbar mache.

Elektronischer kreditorischer Rechnungsworkflow (eKRW) steht für eine Softwarelösung zur Abwicklung von Buchungen. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, dass z. B. Verlage Rechnungen nur noch elektronisch vorlegen. Dies ist durch eine neue EU-Richtlinie vorgegeben. Nach ersten Rückmeldungen aus Schulen ist diese neue Software unproblematisch, wenn sie denn mal läuft und alle geschult sind.

Anwärtersonderzuschläge in beruflichen Mangelfachrichtungen

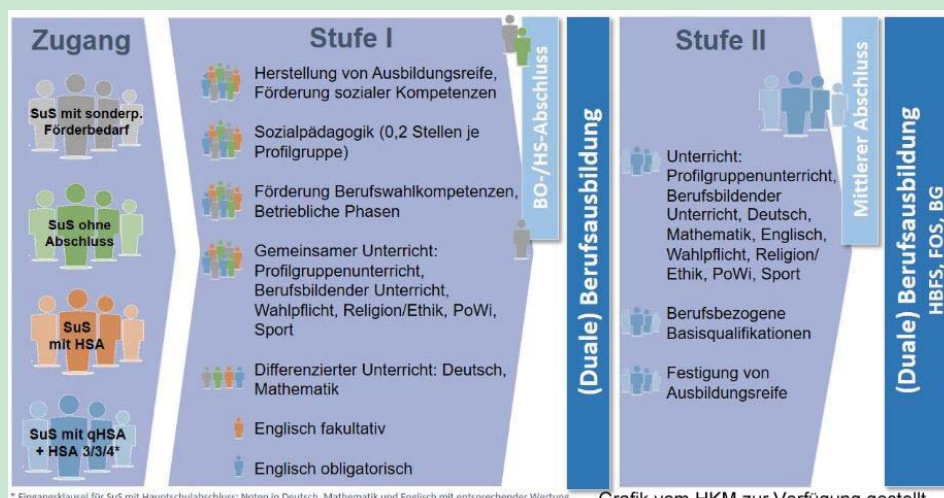
In den vom Ministerium für den Quereinstieg ins Referendariat festgelegten Mangelfachrichtungen Metall, Elektro, IT, Physik-Chemie-Bio, Sozialpädagogik und Gesundheit soll es ab 1.5.2020 für alle LiV in diesen Fachrichtungen 70% mehr Geld geben. Der HPRLl hat hier kein Mitspracherecht, da diese Möglichkeit gesetzlich geregelt ist, und hat somit auch keine Stellungnahme diskutiert.

BÜA-Verlängerung

Das Modellprojekt „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung – BÜA“ des Hessischen Kultusministeriums (HKM)

startete zum Schuljahr 2017/2018. Eine Verlängerung des Modellprojekts ist zum Schuljahr 2021/2022 geplant und dann sollen auch weitere Schulen hinzukommen. Der Planungsstand des HKM wurde auf einer Schulleiterdienstversammlung im Dezember vorgestellt.

Ziel der BÜA soll zukünftig sein, Schüler*innen ohne Abschluss, mit berufsorientierendem Abschluss, Hauptschulabschluss und qualifizierendem Hauptschulabschluss Einblicke in die Arbeitswelt zu geben, so dass bereits nach einem Schuljahr ein individuelles, berufliches Ziel gefunden ist und durch eine (duale) Ausbildung verfolgt wird. Das Konzept in der Graphik stellt den aktuellen Planungsstand des HKM dar. Änderungen sind hier aufgrund von Anregungen aus Schulen, der Politik, des HPRLL und von Verbänden noch möglich.



* Eingangsklausel für SuS mit Hauptschulabschluss: Noten in Deutsch, Mathematik und Englisch mit entsprechender Wertung

Grafik vom HKM zur Verfügung gestellt.

verspricht sich davon, dass sowohl künftige Arbeitgeber*innen als auch Schüler*innen relevante Fachinhalte besser begreifen und nachvollziehen können, die in einem handlungs- und projektorientiertem Unterricht einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik sollen in leistungsdifferenzierten Kursen unterrichtet werden. Für Schüler*innen, die ohne Abschluss in die BÜA eintreten, soll der Stundenumfang

Äußerst kritisch ist anzumerken, dass nicht für alle eine Anschlussperspektive angedacht wird. Weder schwache Abgänger mit Mittlerem Bildungsabschluss der allgemeinbildenden Schule noch die Schwächsten von BÜA nach der Stufe I werden aufgefangen, wenn sie keinen Ausbildungsplatz haben. Auch für Ausbildungsabbrecher ist nichts vorgesehen. Diese sind die Schwächsten im System Schule und diese werden fallen gelassen.

Die individuelle Förderung der Schüler*innen soll weiterhin mit Hilfe des Einsatzes einer „Überfachlichen Kompetenzmatrix“ erfolgen. In diesen legt die Profilgruppenlehrkraft die Zuwächse im Bereich der Softskills fest und versucht diese im Dialog mit den einzelnen Schüler*innen weiterzuentwickeln.

Durch den Einsatz von Sozialpädagog*innen (0,2 Stellen pro Profilgruppe) soll der Heterogenität und den kleinen und großen Problemen der Schüler*innen begegnet werden.

Darüber hinaus werden die Inhalte des berufsbildenden Unterrichts mit Hilfe von Kompetenzrastern bewertet. Das HKM

des Fachs Englisch auf Deutsch und Mathematik übertragen werden, um eine klare Fokussierung auf den Hauptschulabschluss zu erreichen.

Erste Wertung

Die geplante Zuweisung von zusätzlichen Stellenanteilen für Sozialpädagogik ist zu begrüßen. Die vorgesehenen Stellenanteile von 0,2 pro Profilgruppe reichen jedoch nicht aus und führen zu einer Überlastung der sozialpädagogischen Fachkräfte und der unterrichtenden Lehrkräfte. Aus den Schulen wird gefordert, dass eine Zuweisung von mindestens 0,5 Stellen pro Gruppe wie bei EIBE erforderlich sei.

BÜA Fachtagung

Am 21.04.2020 wird eine ganztägige Fachtagung zu BÜA in der Richard-Müller-Schule in Fulda stattfinden. Ziel der Veranstaltung ist einerseits ein Austausch aller bisherigen Modellschulen und andererseits können sich interessierte Schulen über das Thema BÜA in diversen Workshops informieren. Eine Einladung ergeht zu gegebener Zeit vom HKM an die Schulleitungen. Personnräte, die Interesse an einer Teilnahme haben, sollten dies bei ihren Schulleitungen möglichst umgehend anmelden.

Ralf Becker

PRODUKTIONSSCHULEN TAGEN - BUNDESWEIT

Der Bundesverband Produktionsschulen führte seine diesjährige bundesweite Fachtagung am 26. September 2019 im Kulturbahnhof in Kassel durch. Unter dem Motto „Und täglich grüßt die nächste Herausforderung“ wurde in zahlreichen Vorträgen und Workshops das Themenfeld Berufliche Integrationsförderung von benachteiligten Jugendlichen bearbeitet.

Mehr als 120 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus der ganzen Bundesrepublik, die mit benachteiligten Jugendlichen arbeiten,

Inklusion und politischer Bildung fand eine überaus positive Resonanz.

(Wien), Ariane Flick (Pirna) und Frank Schobes (Berlin).

Die zukünftigen zentralen



nutzten die Fachtagung zum Austausch. In zwei Referaten und 10 Workshops konnten sich alle nach jeweiligem Interesse wiederfinden. Das Themenspektrum von arbeitsplatzorientierter Sprachförderung und Digitalisierung über neue handlungsorientierte Lernansätze und psychosoziale Fragen bis hin zu

Es bestätigte sich einmal mehr, dass der regelmäßige Erfahrungsaustausch und die ständige qualitative und methodische Überprüfung der Arbeit der Produktionsschulen wichtige Voraussetzungen zur Weiterentwicklung derartiger Unterstützungsangebote sind.

Aufgaben des Verbandes liegen vor allem in der Verstärkung bestehender und neuer Produktionsschulen durch die geforderte Etablierung im (Berufs)bildungssystem. Auch die seit 2010 eingeführten „Qualitätsstandards“ des Bundesverbandes Produktionsschulen sollen weiter bundesweite Verbreitung finden wie auch die Ausweitung der Fort- und Weiterbildungsaktivitäten zur Professionalisierung des pädagogischen Personals.

Die nächste Fachtagung findet 2020 in Frankfurt/Oder statt.

Auch 2020 wird wieder ein bundesweiter dezentraler Aktionstag Produktionsschule organisiert. Er findet am 10. Juni 2020 statt. Weitere Informationen zur Arbeit des Bundesverbandes unter www.bv-produktionsschulen.de

Martin Mertens

ICH WAR ICH WURDE ICH WERDE

MITMACHEN

ICH WAR ICH WURDE ICH WERDE

EIN BAUM EINE PALETTE EIN TISCH

Wir suchen deine Idee!

Mach etwas Neues aus etwas Gebrauchtem und gib ihm eine dritte Chance. Gewinn tolle Preise beim Wettbewerb der Jugendwerkstätten und Produktionsstätten in Deutschland.

Alle Infos auf <https://meine-dritte-chance.de/wettbewerb>

Auf der am nächsten Tag stattfindenden Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Produktionsschulen wurde Martin Mertens aus Kassel für weitere drei Jahre als Vorsitzender wieder gewählt. Die weiteren Mitglieder des Vorstandes sind Tatjana Fesenko (Neuruppin), Arne Meisel (Leipzig), Tom Johansen

JENA 2019 BILDUNG CHANCEN GERECHTIGKEIT

10./11. Oktober 2019
Montessorischule Jena



BUNDES KONGRESS SCHULSOZIAL ARBEIT

Eine Initiative
des Kooperationsverbundes
Schulsozialarbeit

SCHULSOZIALARBEIT AN ALLEN SCHULEN FÜR ALLE JUNGEN MENSCHEN

Erklärung des Bundeskongress Schulsozialarbeit 2019 ¹

Schulsozialarbeit ermöglicht ganzheitliche Bildung junger Menschen zur Förderung der Persönlichkeit und ihrer sozialen Entwicklung. Sie eröffnet Chancen am Lern- und Lebensort Schule und engagiert sich für mehr Gerechtigkeit beim Aufwachsen junger Menschen. Knapp 100 Veranstaltungen auf dem Bundeskongress Schulsozialarbeit 2019 in Jena verdeutlichen dies.

Die vielfältigen gesellschaftlichen Entwicklungen erhöhen die Erwartungen an die Schulsozialarbeit, deren Bedeutung insbesondere von allen am Schulleben Beteiligten anerkannt und gewürdigt wird. Der Stellenausbau in den letzten Jahren belegt dies anschaulich. Dieser geschieht in Abhängigkeit von kommunalen Ressourcen, Landesprogrammen und Landesgesetzen. Schulsozialarbeit wird mit einer großen Aufgabenvielfalt, in unterschiedlichen Zuständigkeiten und mit teils komplexen Finanzierungslösungen durchgeführt.

Eine fehlende rechtliche und finanzielle Absicherung, die eine qualitativ hochwertige Schulsozialarbeit mit guten Arbeitsbedingungen gewährleistet, wird vielerorts

beklagt. Qualität und Professionalität in der Schulsozialarbeit sind derzeit in zu hohem Maße von einzelnen Fachkräften vor Ort und ihren Trägern abhängig.

Der Bundeskongress Schulsozialarbeit 2019 fordert: Schulsozialarbeit muss als professionelles Angebot systematisch weiterentwickelt und abgesichert werden! Konkret bedeutet das:

- ☛ Schulsozialarbeit braucht Kontinuität und Verlässlichkeit, damit sie qualitativ voll zu mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit beitragen kann.
- ☛ Die jeweiligen Rollen der Bildungs- und Jugendhilfesysteme für die Schulsozialarbeit sind zu definieren.
- ☛ Jedes Bundesland muss Schulsozialarbeit als Arbeitsfeld systematisch entwickeln.
- ☛ Mindeststandards für die Umsetzung der Schulsozialarbeit sind zu vereinbaren und umzusetzen.
- ☛ Eine klare rechtliche Verankerung der Schulsozialarbeit ist notwendig.

☛ Vor Ort sind Kooperationsvereinbarungen zwischen den verschiedenen Akteur*innen zu schließen und Konzepte abzustimmen, die Aufträge und Zuständigkeiten klären und abgrenzen.

☛ Multiprofessionelle Zusammenarbeit ist als konstitutives Element in Schule zu verankern.

Helmut Holter Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport
Björn Köhler GEW Hauptvorstand für den Kooperationsverbund Schulsozialarbeit

Dr. Thomas Nitzsche Oberbürgermeister der Stadt Jena

Ines Morgenstern Organisationsberatungs-institut Thüringen ORBIT e.V.



¹ Auf Einladung des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit, des Landes Thüringen, der Stadt Jena und dem Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e.V. trafen sich knapp 600 sozialpädagogische Fachkräfte, Wissenschaftler*innen und Trägervertreter*innen am 10. und 11. Oktober 2019 zum Bundeskongress Schulsozialarbeit 2019. Dort wurde diese Erklärung veröffentlicht.

FUTURE.LAB.SCHULE 2030:

Ein partizipatives Schulentwicklungsprojekt - auch für Berufliche Schulen!

Schulentwicklung betrifft uns alle! Doch was sagen eigentlich Schüler*innen, wie ihre Schule 2030 aussehen könnte?

Diese Frage stellten sich fünf Schulen von Grundschule bis Berufliche Schule aus Darmstadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg, darunter die Landrat-Gruber-Schule als einzige berufliche Schule aus dem Landkreis im Projekt FUTURE.LAB.SCHULE 2030.

Nach einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung Anfang September unter Beteiligung von Mitarbeiter*innen

des Schulamtes und des Landkreises fand an den beteiligten Schulen eine intensive Projektphase von bis zu drei Schultagen in Form von sogenannten „Laboren“ statt. Von Anfang an wurden die Schüler*innen von Künstler*innen und Pädagog*innen unterschiedlicher Sparten begleitet, die ihnen halfen, das Schulsystem mit den Mitteln der kulturellen Bildung zu erforschen und im zweiten Schritt Visionen von einer Schule der Zukunft zu entwerfen.

Initiiert und organisiert wurde das Projekt von drei Studierenden des Weiterbildungsstudienganges Kulturelle Bildung an Schulen der Universität Marburg, Sina Kuhlins, Nicole Lotzkat und Simone Neuroth. Alle drei haben sich zum Ziel gesetzt, mit diesem Studienprojekt die kulturelle Bildung an Schulen anzustoßen. Zudem erhoffen sie sich durch das Format FUTURE.LAB einen Einblick zu erhalten, wie Schule und Lernen aus Schüler*innenperspektive gestaltet sein soll, ohne Zensur im Vorfeld

und ohne Lenkung der Ergebnisse durch eine Lehrkraft. Schüler*innen sollen eine Stimme erhalten und dabei von Entscheidungstragenden gehört und gesehen werden.



Die Laborschau am 26. November 2019

Im Staatstheater Darmstadt zeigten am 26.11. ca. 100 Schüler*innen vor siebzig Gästen aus Schülern, HKM, Schulleitungen und Politik sowie SV und Elternvertretungen ihre Visionen einer Schule der Zukunft. In zehnmütigen Beiträgen präsentierten die Schüler*innen sich gegenseitig und dem Publikum ihre Laborergebnisse: Theaterszenen, Videos, Tänze und eine Ausstellung von Modellen visionärer Lernorte.

Die Landrat-Gruber-Schule im FUTURE.LAB

„Euphoria“ ist einer der drei Teile des Beitrages der schulformübergreifenden Projektgruppe der Landrat-Gruber-Schule, den die LGS Schüler*innen mit Unterstützung von Pit Holnik (Medienpädagogik) und Simone Neuroth (Theaterpädagogik) entwickelt hatten:

FUTURE.LAB SCHULE 2030

Das Publikum begibt sich - mit Hilfe der im schuleigenen Labor von Prof. Dr. Skuuhl entwickelten Zeitreisepillen - auf eine Reise ins Jahr 2030. Hier führt uns Euphoria durch eine ideale Schulwelt: Wir sehen eine Schülerin, die selbstbestimmt ihr Lernen steuert, die für sich an ihrem eigenen Arbeitsplatz im „Raum der Neugierde“ einen Plan entwirft, im Holo-Deck neue Lebenswelten kennenlernt und sich später mit Freund*innen im Schmetterlingsgarten Gemüseprojekten widmet. Die Schülerin „Euphoria“ zeigt, wie digitales Lernen und sinnliche Erfahrungen unter einem Schuldach realisiert werden könnte. Eine Zukunftsvision?

Die Schüler*innen haben sich in ihrem Labor unter anderem mit alternativen Schulformen beschäftigt und waren beeindruckt, was andersorts bereit realisiert werden konnte. „Menschen müssen lernen, selbstständiger zu werden, zu denken und zu handeln“, so K., eine angehende Erzieherin, deshalb müsse sich auch unser Schulsystem ändern.

In einem Musikvideo setzten sich andere LGS Schüler*innen mit dem Thema Mobbing auseinander. Eine Umfrage im Rahmen des Labors hatte zutage gebracht, dass über die Hälfte der Projektgruppenmitglieder eigene Erfahrungen mit dem Thema hatte. „Die Lehrerinnen und Lehrer sollen hinschauen, wenn so etwas passiert. Wir brauchen mehr Teambuilding, Klassenprojekte und überhaupt mehr Projekte, die den Zusammenhalt fördern“, so die Schüler*innen.

Eine dritte Gruppe zeigt in clownesker Stummfilmästhetik eine Wohngemeinschaft im Jahr 2030, die beim Versuch, Nudeln zu kochen scheitert. „Wir wollen auf das echte Leben vorbereitet werden“, so die Forderung der Schüler*innen, das sogenannte „Bulimie-Lernen“ soll aufhören und durch echte, lebensnahe Herausforderungen ersetzt werden“.

Ist das ein Thema für die Berufsschule? „Ich gehe gerne hier in die Schule“ sagt S., auch eine Schülerin der Fachschule für Sozialwesen. „Hier lernen wir die Dinge, die uns interessieren, denn wir haben uns diese Schulform und diesen Beruf schließlich ausgesucht. Aber das gilt nicht für alle Fächer und auch nicht für alle Schulformen“.

Auch in zwei Teilzeitklassen der Dieburger Werkstätten wurde das Thema Schule der Zukunft mit Unterstützung der Theaterpädagogin Nadja Soukup bearbeitet. K., ein Teilnehmer, wünscht sich eine „Schauspielschule“ an der Landrat-Gruber-Schule und er selbst will andere dort anleiten.

Was in allen Beiträgen der beteiligten Schulen zur Sprache kommt ist, dass sich Schüler*innen mehr selbstbestimmten Gestaltungsraum wünschen. Die jüngeren fordern mehr Spiel und Bewegung, die älteren ein Lernen jenseits von Zeit- und Notendruck.

R., ein angehender KFZ Mechatroniker, fasst zusammen: „Wir fordern sofortige Veränderungen, so kann es mit unserem Schulsystem nicht weitergehen. Wir wollen einen anderen Umgang miteinander. Auf Augenhöhe! Mehr mitbestimmen! Und wir sollten damit sofort anfangen.“

„Wie soll es weitergehen? Wie können unsere Visionen von Schule Wirklichkeit werden?“

Die Beiträge sind Anlass, um im anschließenden sogenannten Resonanzraum miteinander zu dieser Frage ins Gespräch zu kommen. In gemischten Kleingruppen wird mit den anwesenden Vertreter*innen*innen des HKM, der Schulämter, der Schulleitungen sowie Eltern- und SV-Vertreter*innen diskutiert. Alle kommen zu Wort, egal ob groß oder klein. Um ihren Wünschen mehr



Nachdruck zu verleihen, haben die Schüler*innen Karten ausgefüllt, auf denen sie sehr konkrete Anliegen formulieren. Die Verantwortlichen werden aufgefordert, diese Karten als Impuls für die Weiterentwicklung von Schule mitzunehmen.

Marcus Kauer vom HKM fordert die Schüler*innen auf, aktiv zu werden: „Solche Schulen, wie ihr sie euch wünscht - mit vielen neuen Ideen und besonderen Strukturen - gibt es bereits ... Habt den Mut und präsentiert eure tollen Vorschläge eurer Schulleitung!“ Auch in anderen Gesprächsrunden werden die Schüler*innen aufgefordert, mit Problemen und Vorschlägen an die Schulleitungen heran zu treten.

Doch lässt sich alles schulintern lösen? Braucht es nicht auch den

Anstoß der zuständigen Ämter und der Politik?

Die teilnehmenden Schüler*innen sind aktiv geworden. Sie haben sich mutig mit ihrer Kritik den Schulleitungen und Bildungsverantwortlichen der Schulämter und des HKMs gezeigt. Auch in den eigenen Schulen werden die Laborpräsentationen noch gezeigt werden, denn diese haben sich verpflichtet die Ergebnisse der Zukunftslabore in die Gesamtkonferenzen oder Steuergruppen Schulentwicklung zu bringen.

Unabhängig davon wie es weiter geht: Für die beteiligten Schüler*innen war das FUTER.LAB. SCHULE 2030 auf jeden Fall ein Erfolg: Sie haben im FUTURE.LAB eine alternative Form von Schule erlebt – sie waren beteiligt mit allen Sinnen, mit ihren Emotionen und ihren Anliegen. Sie durften sich ausdrücken mit verschiedenen Medien,

sie konnten zeigen, dass sie mitdenken, mitreden und kooperieren können. In Formaten der kulturellen Bildung wie diesem können Schüler*innen Kompetenzen für die Gesellschaft der Zukunft lernen: Kommunikation, kritisches Denken, Kollaboration, Kreativität und - nicht zuletzt – demokratisches Bewusstsein.

Simone Neuroth

Fotos: Andrea Fischer

Weitere Informationen, Bilder und Dokumentationen finden Sie auf der Website: futurelab-schule2030.home.blog. Oder Sie wenden sich bei weiteren Fragen an: future.lab.schule.2030@gmail.com

neue Publikationen

Ulrich Schnakenberg Politik in Karikaturen II

Karikaturen im Politikunterricht

- motivieren, indem sie zum Entdecken, Rätseln und Vermuten einladen und das ästhetische Empfinden ansprechen
- veranschaulichen durch Zuspitzung abstrakte politische Zusammenhänge
- „zwingen“ auf fast spielerische Art und Weise die Schülerinnen und Schüler dazu, erworbenes Wissen in neuen Zusammenhängen aktiv anzuwenden
- fördern als visuelle Quelle die Rezeption von politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Zusammenhängen.



48 internationale Karikaturen zu wichtigen lehrplanrelevanten Inhalten wie Flüchtlings“krise“, Zukunft der EU, Schuldenkrise und

Konjunktur, Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, Weltwirtschaft und Welthandel, Werte und Wertewandel sowie Einwanderung und Integration ermöglichen auch mithilfe der Bereitstellung praxiserprobter ergänzender Materialien einen direkten Einsatz im Unterricht.

ISBN 978-3-7344-0454-2

Hartmann/Dahm/Decker Die Zukunft der Demokratie

Erkämpft. Verteidigt. Gefährdet?

Dieser Band blickt auf wichtige Wegmarken der deutschen Demokratie zurück und fragt zugleich, in welcher Zukunft wir leben wollen. Hier finden sich nüchterne Gegen-



wartsanalysen und mutige Utopein, neueste Studienergebnisse und historische Betrachtungen. Nationale Perspektiven werden von europäischen und internationalen Fragestellungen ergänzt. Populismus, Digitalisierung und die Spaltung der Gesellschaft sind genauso Thema wie Partizipation, direkte Demokratie und die Bedeutung

von Volksparteien für die Zukunft der Demokratie.

ISBN 978-3-8012-0557-7

Sozialmagazin Digitalisierung



Die Digitalisierung ist in aller Munde und überrascht mit immer neuen Auswirkungen auf unseren Alltag und die eigene Lebensführung. Weitgehend unbeantwortet ist bislang die Frage, welche Konsequenzen die digitale Entwicklung für Soziale Arbeit hat und wie damit professionell umgegangen werden kann. Die virtuelle Welt dringt durch die scheinbar allumfassende digitale Vernetzung immer stärker in die reale vor. Sie wird somit zu einem neuen Teil des realen Lebens und eröffnet neue Räume. Dabei stellt sich zunehmend die Frage, wie sich die Lebenswelten durch neue digitale Erlebensformen verändern und welche Auswirkungen dies für Soziale Arbeit hat.

ISSN 0340-8469

DER „GELDLERHER“ —

Ein reales Märchen aus der südhessischen Aue

Es begab sich zu einer Zeit, als ein gut situerter Herr einer Einladung an eine Berufliche Schule in Südhessen folgte, um dort den Schülerinnen und Schülern aller Schulformen künftig grundlegende Kenntnisse in Kontoführung und Bankgeschäften beizubringen.

Er kam aus dem fernen Fulda und stellte sich dem versammelten Kollegium als „Geldlehrer“ vor. Die Volksbank war sein Arbeitgeber, über pädagogische Kenntnisse oder gar ein Lehramtsstudium verfüge er nicht. Er habe jedoch eine umfassende Ausbildung zum „Geldlehrer“ erhalten und dafür 2900,- € aufgewendet. Ferner habe er fünf Töchter großgezogen. Als eine seiner Töchter 16 war und einen Mini-Job angenommen hatte, habe sie ein Konto eröffnen müssen. Die Bank, bei der sie dieses Konto eröffnete, habe ihr jedoch zusätzlich noch einen Bausparvertrag über 50.000 Euro aufgeschwatzt. Darüber habe er sich so sehr geärgert, dass er sich entschloss, den ehrenamtlichen Verein „Geldlehrer.de“ zu gründen. Junge Menschen sollten so fit gemacht werden, über alle praktischen Fragen des modernen Bankgewerbes, von der analogen bis hin zur digitalen Kontoführung, Zins und Zinseszins, Krediten, Dispo und weiteren Anlageformen des Geldes, besser Bescheid zu wissen.

Das Kollegium lauschte gebannt den Ausführungen dieses Vaters, der sich – wie bereits erwähnt – „Geldlehrer“ nannte, stellte vereinzelt Nachfragen und wandte sich schließlich dem Schulleiter zu, der ausführte, dass der Geldlehrer pro Klasse mit 22 bis 40 Stunden im Jahr in den Stundenplan integriert werden könne, sobald die Gesamtkonferenz diesem Antrag zustimme. Der Schule entstünden auch keine Kosten, da die

„Geldlehrer“ ihre Tätigkeit ehrenamtlich anbieten.

Wohlwollende Akzeptanz im Kollegium, lediglich drei Quälgeister konnten sich nicht mit dieser Idee anfreunden. Sei er nicht durch seine Tätigkeit bei der Volksbank voreingenommen? Nein, so der Geldlehrer, er kenne ja den Neutralitätsbeschluss im Rahmen des Beutelsbacher Konsenses aus dem Jahre 1976 und werde diesen selbstverständlich befolgen. Sei es denn im Sinne des Schulgesetzes gestattet, diese Maßnahme unterrichtsverpflichtend zu machen und darüber hinaus zu Lasten des Fachunterrichts zu implementieren? Durchaus, der „Geldlehrer“-Unterricht müsse lediglich mittels einer Klassenkonferenz beantragt werden. Außerdem sei der zuständige Lehrer bzw. die Lehrerin in dieser Zeit selbstverständlich anwesend und führe die Aufsicht. Ob Minusstunden für die dann nur Aufsicht führenden Kolleg*innen zu befürchten seien, konnte abschließend nicht beantwortet werden.

Nachdem diese Fragen geklärt waren, stimmte das Kollegium dieser „unterrichtlichen Bereicherung“ zu, bis auf die besagten drei Kolleginnen und Kollegen. Sieben weitere enthielten sich.

Fazit:

Es grenzt schon wirklich fast an ein Märchen, dass es über 162 Menschen gibt, die mal einfach so fast 3000 Euro für ihre Ausbildung ausgeben, um mit dieser dann ehrenamtlich viele Stunden „Geld“-Unterricht kostenlos anzubieten. Und märchenhaft scheint mir auch, dass bisher ca. 6500 Bücher und Taschenrechner so einfach ohne Hintergedanke und Hintergrund verschenkt werden. Um dies alles aber seriös aufzuklären, bedarf es weiterer Recherchen.

Bedenklich stimmt mich aber, dass ein Kollegium fast einstimmig zustimmt, bis zu 40 Wochenstunden Unterricht an einen außenstehenden „Geldlehrer“ abzugeben, das heißt z.B. in der Teilzeitberufsschule den kompletten Unterricht im Fach Politik und Wirtschaft für ein ganzes Jahr. Und schließlich frage ich mich auch, warum in solchen Fällen nicht eine Schulaufsicht einschreitet, bei all den grenzgängigen Hintergründen und Vorgängen.

Alle Kolleginnen und Kollegen rufe ich auf, solche oder ähnliche Vorgänge an uns zu berichten, ganz im Sinne „Wehret den Anfängen“!

Dieter Staudt

Näheres: www.geldlehrer.org

Auf seiner Homepage rühmt sich der als gemeinnützig anerkannte (???) Verein „Geldlehrer e.V.“, bisher in Deutschland, Österreich und der Schweiz 6237 ehrenamtlich geleistete Unterrichtsstunden abgehalten zu haben, über 162 ehrenamtliche „Geldlehrer“ zu verfügen und 185 Kooperations-Verträge mit Schulen abgeschlossen zu haben. Außerdem wurden 6475 Bücher „Geldschule“ und Taschenrechner verschenkt.

Außerdem liest man: „Unsere Arbeit als Geldlehrer in den Schulen ist ausschließlich ehrenamtlich. Wenn ein Geldlehrer seine Arbeit in der Erwachsenen-Bildung monetär anbietet, fließen 51% der Einnahmen dem Verein zu und unterstützen uns bei unserem Vorhaben, die finanzielle Bildung weltweit zu fördern.“(???)

Professionell ausgebildete Erzieher*innen garantieren die Qualität der Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe. Der Lehrkräftemangel an den Fachschulen und Fachakademien gefährdet den weiteren Ausbildungsausbau.

ERZIEHER*INNEN IN DER AUSBILDUNG BRAUCHEN KOMPETENTE LEHRKRÄFTE

Die Kinder- und Jugendhilfe expandiert bundesweit. Der damit einhergehende Personalbedarf ist enorm und hat eine Diskussion über die Quantität und die Qualität von sozialpädagogischen Fachkräften entfacht. Ein entscheidender Faktor für die Sicherung der Qualität und der Quantität ist in diesem Zusammenhang die Qualifikation des Lehrpersonals an den Fachschulen und -akademien.

Die Ausbildungszahlen an den Fachschulen und Fachakademien haben sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt (55.000 (2008) 100.000 (2015)), die Anzahl der Fachschulen - akademien hat sich um ca. 20 % von 491 auf 593 erhöht, die Zahl der ausgebildeten Lehrer*innen hinkt dem deutlich hinterher.

Wer bildet Erzieher*innen an Fachschulen aus? Welche Auswirkungen hat dies auf die Ausbildungsqualität?

Seit Jahren steuern wir in Deutschland auf einen enormen strukturellen Mangel an einschlägig qualifizierten Lehrer*innen für die Erzieherausbildung zu. Die Politik, die sich bisher in den Bundesländern bei diesem Thema eher als Zaungast generierte, muss dieser Entwicklung dringend Einhalt gebieten und entscheidende Änderungen vornehmen.

Lehrer*innen mit dem Lehramtsabschluss für die Fachschulen, -aka-

demien für Sozialwesen werden in Deutschland an nur fünf Hochschulstandorten bis zum 1. Staatsexamen ausgebildet. Jährlich wechseln rund 200 Lehramtsabsolvent*innen in die zweite Phase der Lehrer*innen-Ausbildung (Referendariat), benötigt werden aber 400 bis 500 Absolvent*innen pro Jahr. Die Kapazitäten an den Hochschulen müssten sich demnach mehr als verdoppeln.

Gegenwärtig können die Fachschulen/-akademien ihren Ausbildungsverpflichtungen nur nachkommen, weil die Lehrer*innen-Teams traditionell nicht nur aus klassisch ausgebildeten Lehrer*innen mit einschlägigem Lehramtsabschluss, sondern auch aus einem hohen Anteil an „Quer- und Seiteneinsteigern“ bestehen (Fachkräftebarometer (2017, S. 190).

Quereinsteiger als auch Seiteneinsteiger verfügen anstelle einer ersten Lehramtsprüfung über einen einschlägigen Hochschulabschluss (Diplompädagogen; Master Erziehungswissenschaft o. ä.). Die **Quereinsteiger** absolvieren einen Vorbereitungsdienst (Referendariat), um das 2. Staatsexamen zu erlangen. **Seiteneinsteiger** hingegen unterrichten sofort, meist ohne didaktisch-methodische Fertigkeiten. In manchen Bundesländern absolvieren auch sie einen Vorbereitungsdienst, dann jedoch mit sofortigem hohem Anteil an eigenständigem Unterricht, dabei erhalten sie in geringerem Umfang berufsbegleitend

didaktisch-methodische Fertigkeiten. In einigen Bundesländern werden Seiteneinsteiger sogar ohne 2. Staatsprüfung in den Schuldienst eingestellt. Durch den hohen Stundenanteil bleibt ihnen nur wenig Zeit, Kompetenzen für qualitativen Unterricht auf- bzw. auszubauen. In den Bundesländern, die kein Studium für das Lehramt beruflicher Fachrichtung Sozialpädagogik anbieten (z.B. Hessen), sind Quereinsteiger und je nach Bundesland auch Seiteneinsteiger die Regel. Je nach Bundesland kommt es zu einer Vermengung der Begriffe.

Aufgrund der geringen Anzahl von Studienplätzen für das Lehramt Sozialpädagogik mit beruflicher Fachrichtung und dem steigenden Bedarf an Lehrkräften sind die Fachschulen, -akademien auf Hochschulabsolventen angewiesen, die sich für den Weg des Quereinsteigers entscheiden.

Die länderspezifischen Regelungen, sowohl zu den Zugangsvoraussetzungen als auch zu den Rahmenbedingungen im Referendariat sind in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Es besteht die Tendenz, dass durch den Boom in den Fachschulen und -akademien in einzelnen Bundesländern die Qualitätsstandards für die Qualifikation der Lehrer*innen an den Fachschulen und -akademien reduziert werden.

Die Absolvent*innen der Fachschulen und -akademien haben

ein Anrecht auf eine qualitativ zukunftsweisende Ausbildung und die Kinder und Jugendlichen sowie die Eltern haben ein Anrecht auf qualitativ hochwertig ausgebildete Fachkräfte. Das darf nicht durch nachlässige Qualitätsanforderungen beim Lehrpersonal gefährdet werden.

Der Bundesverband der staatlichen und freien nicht konfessionellen Ausbildungsstätten für Erzieher*innen (BöfAE) sieht den quantitativen Bedarf der Berufsbildenden Schulen und unterstützt/fordert grundsätzlich Maßnahmen, die dem Lehrkräftemangel entgegenwirken. Dabei müssen folgende Bedingungen dringend Berücksichtigung finden:

1. Um eine langfristige qualitativ hochwertige Ausbildung der angehenden Erzieher*innen zu sichern, muss für den flächendeckenden Ausbau neuer Standorte des Studiengangs „Sozialpädagogik mit beruflicher Fachrichtung“ zeitnahe Sorge getragen werden.
2. In den bestehenden Studiengängen muss die Zahl der angebotenen Studienplätze deutlich und nachhaltig erhöht werden.
3. Bundesweite Voraussetzungen für Quereinsteiger müssen auf hohem Niveau erhalten bleiben (einschlägiger Masterabschluss und professionelle Erfahrungen im Arbeitsfeld).
4. Es bedarf der dringenden Un-

terstützung der erfahrenen Kolleg*innen, die die Quer- und Seiteneinsteiger*innen anleiten und einarbeiten. Hier müssen die Länder Rahmenbedingungen bereithalten, die diesen Prozess ermöglichen.

5. Der Seiteneinstieg muss weiterhin eine Ausnahme bleiben. Die Seiteneinsteiger müssen pädagogische und didaktische Zusatzqualifikationen erhalten und das schon vor den ersten Unterrichtsversuchen. Sie sollten berufsbegleitend den Vorbereitungsdienst absolvieren.

BöfAE (Bundesarbeitsgemeinschaft öffentlicher und freier Ausbildungsstätten für Erzieherinnen und Erzieher im Juni 2019 (www.boefae.de))

Dieser Appell wurde von über 100 Vertreterinnen und Vertretern aus Fachschulen bzw. Fachakademien anlässlich der Herbsttagung der BöfAE in Frankfurt/Main im November initiiert

8000 ERZIEHER*INNEN FEHLEN

Empfohlenen Betreuungsschlüssel in Kitas nicht erreicht

In Hessen sind nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung etwa 8000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas nötig, um eine kindgerechte Betreuung sicherzustellen. Die Stiftung geht dabei davon aus, dass rechnerisch in Krippengruppen maximal drei und in Kindergartengruppen höchstens 7,5 Kinder gleichzeitig von einer pädagogischen Vollzeit-Fachkraft betreut werden sollten.

Nach der neuen Ausgabe des Ländermonitors zur frühkindlichen Bildung lag der Betreuungsschlüssel in Hessen zum Stichtag 1. März 2018 jedoch bei 3,8 in Krippengruppen sowie bei 9,6 in Kindergartengruppen - und damit über dem empfohlenen Betreuungsschlüssel.

Mehr Personal, aber auch deutlich mehr Kinder

Insgesamt habe sich die Zahl des pädagogischen Personals in hessischen Kitas zwischen 2008 und 2018 um etwa die Hälfte erhöht: von 32 500 auf 47 400. Im selben Zeitraum stieg aber auch die Zahl der betreuten Kinder - von 197 700 auf mehr als 235 700.

Um neue Fachkräfte zu gewinnen empfiehlt die Stiftung, dass sich die Länder auf einheitliche Verbesserungen im Ausbildungssystem für Erzieherinnen und Erzieher verständigen sollten. Bundesweit würden eine kostenfreie Ausbildung, eine angemessene Ausbildungsvergütung sowie eine Renten- und Sozialversicherungspflicht für alle Ausbildungsgänge gebraucht. Für diese langfristigen und umfassenden Maßnahmen benötigten die Länder allerdings eine verlässliche, finanzielle Beteiligung des Bundes. Die Stiftung fordert daher, die Bundesmittel im Gute-Kita-Gesetz angesichts des bestehenden Ausbaubedarfs nach 2022 zu erhöhen.

DE 27.09.2019

LOB UND PREIS

Was ist eine gute Lehrerin/ ein guter Lehrer?

Alljährlich wird ein Deutscher Lehrpreis ausgelobt, in dem Schulklassen ihr Votum abgeben können, wenn sie ihre Lehrerin/ihren Lehrer für besonders gut halten. Nun kann man zu einem solchen Preis durchaus und in mehrfacher Hinsicht kritisch stehen. Dennoch meine ich, dass gerade die Schülerinnen und Schüler, die sich hier beteiligen, eine qualifizierte und bedenkenswerte Rückmeldung darüber abgeben, was für sie eine gute Lehrerin bzw. ein guter Lehrer und damit auch, was für sie ein guter Unterricht ist. Beim Deutschen Lehrpreis 2019 wurden aus Hessen eine Kollegin aus der Limesschule Idstein und ein Kollege aus der Hermann-Hesse-Schule Obertshausen preisgekrönt. Wir dokumentieren hier zu den Beiden Aussagen der Jury und vor allem einen Ausschnitt aus den Eingaben der Schülerinnen und Schüler.

Aus der Jury:

Frau M. steht für: interessanten, strukturierten und ambitionierten Unterricht, individuelle Förderung der Schülerschaft, Lernstrategien, Mitgefühl, Verständnis, Motivation, Engagement, fachliche Kompetenz, respektvollen Umgang, Einfühlungsvermögen.

Direktes Schüler-Lob:

„Frau M. legt viel Wert auf Strategien, die uns beim Lernen von z.B. Vokabeln und Aussprache helfen, dafür überlegt sie sich die unserer Meinung nach genials-

ten Eselsbrücken und Systeme, die das Lernen um vieles erleichtern.“

„Sie schaffte es eindrucksvoll, einen Schüler nachhaltig für eine Sache zu begeistern.“

„Frau M. schaffte es, im Politikunterricht eine besondere Atmosphäre des Elans und der Wissbegierde zu erzeugen und somit auch desinteressierte Schüler für politische Themen zu sensibilisieren.“



„Auch abseits des Unterrichts zeigte Frau M. Interesse, wenn es zum Beispiel um Zukunftspläne der Schüler ging und stand beratend zur Seite.“

„Sie leben für Ihren Beruf, deswegen sollten Sie den deutschen Lehrpreis gewinnen, danke.“

„Ihre Leidenschaft und Ihr Wissen zu wirklich allen Themen ist unglaublich. Sie haben mich gelehrt, wie wichtig es ist, sich politisch zu engagieren und Sachen zu hinterfragen.“

Aus der Jury:

Herr R. steht für: lebendigen, anschaulichen, abwechslungsreichen Unterricht, Motivation,

Einfühlungsvermögen, Vertrauenswürdigkeit, besonders hohes Engagement für seine Schülerschaft, familiäres Klassenklima und ausgeprägten Zusammenhalt in der Klasse, inklusiven Unterricht, Differenzierungsangebote für seine heterogene Schülerschaft, Vorbild.

Direktes Schüler-Lob:

„Bei ihm lernten wir nicht nur Sachen, die normalerweise auf dem Lehrplan standen, sondern auch viele Dinge, die er einfach mit aufnahm, weil er sie uns fürs Leben mitgeben wollte. Der Unterricht war lebendig und sehr gelungen. Er hat Themen wie Massentierhaltung, Umweltschutz behandelt, obwohl sie nicht im Buch standen.“

„Mathematik machte Spaß und wir waren immer die leistungsstärkste Klasse des Jahrgangs. Er erklärte geduldig so lange, bis jeder der Klasse alles verstanden hatte.“

„Diese Klasse und Herr R. haben mich zu dem gemacht, was ich heute bin.“

„Er hat es geschafft, dass ich mich in der Klasse gut aufgehoben fühlte.“

„Herr R. hat im Umgang mit mir und der Klasse gezeigt, wie Inklusion gelingen kann. Er hat sich über das normale Maß eines Klassenlehrers gekümmert.“

„Für mich und sicherlich auch alle anderen meiner Klasse waren es 6 gemeinsame Jahre, die wir ihm nie vergessen werden!“

Dieter Staudt

Hauptamtlich Lehrende an den beruflichen Schulen in Hessen nach Lehramt / Lehrbefähigung vom Schuljahr 2005/06 bis 2018/19

	Lehrende	LA BBS	LA Allg.	at. FL	Sonst./ohne
SJ 2018/19	9 578	5 096	1 763	1 149	1 570
SJ 2017/18	9 646	5 097	1 809	1 165	1 551
SJ 2016/17	9 611	5 183	1 786	1 201	1 441
SJ 2015/16	9 538	5 239	1 662	1 237	1 400
SJ 2014/15	9 580	5 275	1 652	1 239	1 414
SJ 2013/14	9 552	5 157	1 524	1 248	1 623
SJ 2012/13	9 486	5 095	1 425	1 208	1 758
SJ 2011/12	9 445	5 184	1 360	1 167	1 734
SJ 2010/11	9 390	5 169	1 351	1 146	1 724
SJ 2009/10	9 345	5 177	1 350	1 126	1 692
SJ 2008/09	9 076	4 958	1 281	1 151	1 686
SJ 2007/08	8 998	4 958	1 286	1 357	1 397
SJ 2006/07	8 941	4 991	1 290	1 399	1 261
SJ 2005/06	8 625	4 950	1 206	1 375	1 094
2005/06-2018/19	+ 953	+ 146	+ 557	- 226	+ 476
Änderung %	+ 11,1	+ 2,9	+ 46,2	- 19,7	+ 43,5

LA BBS = Lehrkräfte mit Lehramt für Berufliche Schulen

LA Allg. = Lehrkräfte mit Lehramt an allgemeinbildenden Schulen

at. FL = Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer

Sonst./Ohne = Lehrende ohne Lehramt oder Lehramtsbefähigung

Hauptamtlich bedeutet mit mehr als der Hälfte der Pflichtstunden

Hinzu kommen im Schuljahr 2018/19 noch 1.197 Lehrkräfte, die nur stundenweise unterrichten (Im Durchschnitt 9 WoStd.).

Zahlen nach Statistischem Landesamt 2018/19 Tabelle 16: https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/BI2_BII2_j17.pdf

<https://statistik.hessen.de/zahlen-fakten/soziales-gesundheit-bildung-kultur-recht/bildung/statistische-berichte/#BeruflicheBildung>

Nur zu einem geringen Teil ist der Anstieg der hauptamtlichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen durch einen Anstieg der Lehrkräfte mit einem beruflichen Lehramt bedingt. Bei den at-Fachlehrenden ist sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Der stärkste Anstieg betrifft die Lehrkräfte mit allgemeinem Lehramt, meistens gymnasial, mit einer Steigerung von über 46% und die Lehrkräfte ohne Lehramt mit nahezu 44%. Nimmt man die stundenweise Unterrichtenden hinzu, die in der Regel über kein Lehramt verfügen, hat an den berufsbildenden Schulen noch nicht einmal mehr die Hälfte der Lehrkräfte ein Lehramt für Berufsbildende Schulen.

Die GEW Hessen fordert deshalb schon seit längerem, für Lehrkräfte ohne Lehramt vor allem qualifizierte didaktisch-methodische Fortbildungen unter Anrechnung anzubieten, sowie für Fachlehrende eine Weiterqualifizierung zum Lehramt.

Dieter Staudt/ Ralf Becker, eigene Berechnungen

SIE DRÜCKEN NICHT NUR KNÖPFCHEN

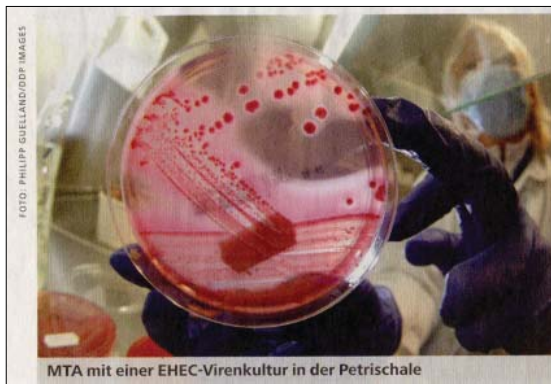
Ausbildung MTA

Die MTA-Berufe

Die Abkürzung MTA steht für die Bezeichnung medizinisch-technische*r Assistent*in. Hinter diesem Oberbegriff verbergen sich vier eigenständige Berufe, und zwar die medizinisch-technische Radiologieassistent (MTRA), die medizinisch-technische Laborassistent (MTLA), die medizinisch-technische Assistenz Funktionsdiagnostik (MTAF) und die veterinärmedizinisch-technische Assistenz (VMTA). Alle vier Berufe sind gemeinsam im Gesetz über technische Assistent*innen in der Medizin (MTAG) geregelt.

Ein Gesundheitssystem ohne MTAs ist unvorstellbar. Sie arbeiten in Krankenhäusern, Arztpraxen, Laboren und in der Forschung. Die von ihnen ermittelten Laborwerte, Röntgen- oder MRT-Bilder sind die Grundlagen für Diagnosen.

Doch die MTA-Ausbildungen fallen nicht unter das Berufsbildungsgesetz (BBiG), sondern sind



über ein Berufszulassungsgesetz des Bundes geregelt. Im Einzelnen unterliegen die Ausbildungs-

modalitäten damit den Regelungskompetenzen der Bundesländer. Und das wiederum führt zu sehr unterschiedlichen Qualitätsstandards in der Ausbildung. So stammt

z.B. das Gesetz über technische Assistent*innen in der Medizin (MTAG) aus dem Jahr 1993, die zugehörige Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, welche die Ausbildungsinhalte regelt, ist aus dem Jahr

1994. Eine zeitgemäße Ausbildung, die den aktuellen Stand der Technik abbildet, ist mit dieser Verordnung nicht mehr möglich.

So gab es z.B. – als das MTAG erlassen wurde – in nur wenigen Krankenhäusern ein Gerät für MRT. Heute aber ist dieses Gerät Standard, für Ausbildung und Arbeit.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD wurde die Neuordnung der Ausbildung in den Gesundheitsberufen angekündigt. Bis Ende des Jahres 2019 sollen Eckpunkte für ein Gesamtkonzept vorliegen. Eine Aufnahme

der MTA-Berufe in die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes – wie von allen Gewerkschaften gefordert – ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen. Die Gewerkschaft ver.di fordert von daher ein gemeinsames Heilberufegesetz, das bundeseinheitliche Standards für die Ausbildung festlegt.

Zudem sollte die Kostenfreiheit der Ausbildung ebenso festgeschrieben werden wie der Anspruch auf eine

angemessene Ausbildungsvergütung.

Dieter Staudt in Anlehnung an VER.DI PUBLIK 6-201



Nicht mehr #unbezahlt

Dass gewerkschaftliches Engagement viel bewegen kann, zeigt der großartige Tarifierfolg der Bewegung #unbezahlt. Ausgehend von den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen haben sich bundesweit Azubis der betrieblich-schulischen Gesundheitsberufe an den kommunalen Krankenhäusern und Unikliniken für die Tarifierung ihrer unbezahlten Ausbildungen stark gemacht und durchgesetzt. Ab Januar 2019 erhalten die betrieblich-schulischen Auszubildenden dort nun eine Vergütung um die 1.000 Euro, je nach Ausbildungsjahr. In zahlreichen Kliniken unterschiedlicher Träger wurden inzwischen entsprechende Tarifverträge unterzeichnet.

Zu den betrieblich-schulischen Gesundheitsberufen zählen medizinisch-technische Assistent*innen, Diätassistent*innen, Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, Orthoptist*innen und Physiotherapeut*innen.

GERMANY FIRST!

DIE HEIMLICHE DEUTSCHE AGENDA

Der Titel meines neuen Buchs ist die Präzisierung dessen, was ich in meinem ersten bereits angedeutet habe: eine Ideologie und ihre Auswirkungen zu beschreiben, welche in fast alle Politikbereiche höchst negativ ausstrahlt und trotzdem von den meisten Parteien nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Diese Ideologie fordert von der Politik, alles zu tun, um die Position Deutschlands als Exportüberschuss-Nation Nummer eins nicht zu gefährden. Die unterlegte ‚Begründung‘ für den Fall, dass diese Ideologie infrage gestellt wird, lautet: Nur so können wir uns ‚unseren Lebensstandard‘ und ‚unseren Sozialstaat‘ in dieser Form leisten. Solche ‚Argumentationen‘ sind zwar aus dem Propaganda-Repertoire, aber medial durchaus wirksam und verfänglich.

Ich halte diese Grundausrichtung unserer Politik, welche die Probleme der kapitalistischen Rendite-wirtschaft noch einmal zuspitzt, für extrem schädlich, weil sie alternative Politikansätze oft ins Leere laufen lässt, von der Sozial- über die Tarifpolitik bis zur Ökologie, von der Bildungspolitik über die Infrastruktur bis zur Wohnungsfrage. Selbst der Rechtsstaat bleibt nicht verschont.

Deshalb sollten sich nicht nur Politik-Lehrkräfte damit auseinandersetzen, sondern alle, die sich politisch engagieren. Denn wer Schülerinnen und Schüler ‚befähigen (will)‘, ... staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen“

(Hess. Schulgesetz), der benötigt auch selbst einen gewissen Durch- und Überblick.

Im Ausland stößt diese Politik des GERMANY FIRST schon seit längerem auf Widerstände, weil sie zu Lasten der Defizitländer geht. Dafür gibt es den Begriff der ‚beggar-my-neighbor‘-Politik. Und seit Trump haben nicht zufällig Wirtschaftskriege markant zugenommen. Auch sie erzeugen Opfer.

Mindestens genauso schlimm aber sind die innenpolitischen Auswirkungen: Wenn niedrige Lohnstückkosten zur Stellschraube für die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden, wenn Unternehmensentlastungen durch Staatsabbau finanziert werden, wenn die Steuerpolitik der Wettbewerbspolitik untergeordnet wird, wenn ökologische Standards zu ‚Investitionshemmnissen‘ werden, wenn organisierter Betrug zur Begünstigung deutscher Fahrzeuge zum ‚Skandal‘ heruntergestuft wird und diejenigen verfolgt werden, die so etwas aufdecken (Deutsche Umwelthilfe), dann zeigen diese Beispiele auch die Härte, mit der hier vorgegangen wird.

„Deutschland lebt unter seinen Verhältnissen“, hat Kai Eicker-Wolf dies genannt. Und nicht zuletzt im Bildungswesen kann dies gegenwärtig sehr genau beobachtet werden.

Weil Analysen allein nicht helfen, habe ich auch Alternativen aufgeführt und bin dabei nicht

zufällig bei der ‚Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik‘ gelandet, die mit ihren MEMORANDEN seit etwa 44 Jahren Wege aufzeigen, die auch in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem bei entsprechenden gesetzgeberischen Mehrheiten möglich wären.

Mit einer verstärkten ‚Binnenorientierung‘, dem Ansetzen an vernachlässigten Bedürfnissen der Bevölkerung und einer alternativen Steuerpolitik könnten durchaus Wege eingeschlagen werden, welche das soziale Gefälle und das Einkommens- und Vermögensgefälle korrigieren könnten. Auch die ökologisch notwendigen Korrekturen hätten über diese Politik eine Chance.

Herbert Storn



© BUCHNER-Verlag, Marburg, erschienen am 9. Oktober 2019

SHELL JUGENDSTUDIE 2019: JUGENDLICHE MELDEN SICH ZU WORT



Politik bleibt stabil. Jugendliche meinen, dass politisches Engagement eine hohe Bedeutung hat. Diese Auffassung nimmt insbesondere bei Mädchen zu, bleibt jedoch vornehmlich auf höher gebildete Jugendliche beschränkt.

Ängste und Sorgen

Die Ängste und Sorgen reflektieren die Debatten der vergangenen Jahre. Umweltängste haben insbesondere bei höher Gebildeten stark an Bedeutung gewonnen. Die Debatten um Flucht und Migration spiegeln sich in gestiegener Angst sowohl vor Ausländerfeindlichkeit als auch – auf niedrigerem Niveau – vor Zuwanderung wider. Angst vor Zuwanderung äußern tendenziell eher die niedriger Gebildeten.

Zuversicht und Gerechtigkeit

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen sieht die gesellschaftliche Zukunft eher positiv. 59 Prozent finden, dass es in Deutschland insgesamt gerecht zugeht. Das gilt für West- und Ostdeutschland gleichermaßen.

Europäische Union

50 Prozent der Jugendlichen stehen der EU insgesamt positiv, aber nur acht Prozent negativ gegenüber. Das Vertrauen in die Staatengemeinschaft hat eher zugenommen. Sie steht bei Jugendlichen für Freizügigkeit, kulturelle Vielfalt und Frieden, im Vergleich zu 2006 zunehmend aber auch für wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Absicherung.

Jugendliche melden sich vermehrt zu Wort und artikulieren ihre Interessen und Ansprüche nicht nur untereinander, sondern zunehmend auch gegenüber Politik, Gesellschaft und Arbeitgebern. Dabei blickt die Mehrheit der Jugendlichen eher positiv in die Zukunft. Ihre Zufriedenheit mit der Demokratie nimmt zu. Die EU wird überwiegend positiv wahrgenommen. Jugendliche sind mehrheitlich tolerant und gesellschaftlich liberal. Am meisten Angst macht Jugendlichen die Umweltzerstörung.

16.10.2019

Das sind zentrale Resultate der 18. Shell Jugendstudie, die am 15. Oktober in Berlin vorgestellt wurde. „Bereits im Jahr 2015 hatten viele Jugendliche ein größeres Engagement für politische und gesellschaftliche Themen gezeigt. Dieses Engagement verstärken sie inzwischen durch ein zunehmendes Umwelt- und Klimabewusstsein. Obwohl die Jugendlichen optimistisch in ihre persönliche und die gesellschaftliche Zukunft blicken, sehen sie doch, dass es Zeit ist, zu handeln“, sagt Studienleiter Prof. Dr. Mathias Albert von der Univer-

sität Bielefeld. Die Botschaft der Jugend an ältere Generationen ist: „Wir bleiben zuversichtlich, aber hört auf uns, und achtet jetzt auf unsere Zukunft!“

Die 18. Shell Jugendstudie stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.572 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren, die von Kantar-Interviewern zu ihrer Lebenssituation und ihren Einstellungen und Orientierungen persönlich befragt wurden. Die Erhebung fand auf Grundlage eines standardisierten Fragebogens im Zeitraum von Anfang Januar bis Mitte März 2019 statt. Im Rahmen der qualitativen Studie wurden zwei- bis dreistündige Interviews mit 20 Jugendlichen dieser Altersgruppe durchgeführt.

Die aktuelle Shell Jugendstudie zeigt, dass junge Menschen sich einbringen wollen und dass viele auf die Demokratie, eine offene Gesellschaft und ein geeintes Europa setzen.

Die wesentlichen Ergebnisse im Detail:

Interesse an Politik

Das seit Beginn des Jahrtausends stark gestiegene Interesse an

Populismus

Bestimmte rechtspopulistisch orientierte Aussagen stoßen auch bei Jugendlichen auf Zustimmung. So stimmen mehr als zwei Drittel der Aussage zu, dass man nichts Negatives über Ausländer sagen darf, ohne als Rassist zu gelten. Graduell sind westdeutsche Jugendliche und höher gebildete eher weltoffener als ostdeutsche und weniger gebildete.

Vielfalt und Toleranz

Die Trends zu einer immer bunteren Gesellschaft geht bei Jugendlichen mit einem hohen Maß an Toleranz einher. Die Studie zeigt, dass Mädchen und Jungen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten mit sehr großer Mehrheit positiv gegenüberstehen. Die Ablehnungswerte liegen durchweg bei unter 20 Prozent.

Zufriedenheit mit der Demokratie, Politikverdrossenheit und Vertrauen in Institutionen

Mehr als drei Viertel der Jugendlichen sind mit der Demokratie zufrieden. Gleichzeitig kritisieren mehr als zwei Drittel, dass die Politiker sich nicht um ihre Belange kümmern, was als Ursache für Politikverdrossenheit gesehen werden kann. Bei der Frage nach dem Vertrauen in Institutionen kommen die Polizei, das Bundesverfassungsgericht und Umweltschutzgruppen auf deutlich überdurchschnittliche Werte. Großen Unternehmen, Kirchen, Parteien und Banken wird deutlich weniger Vertrauen entgegengebracht.

Wertorientierungen

Für die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen bilden nach wie vor gute Freunde, eine vertrauensvolle Partnerschaft und ein gutes

Familienleben die wichtigsten Werte. Ein hoher Lebensstandard und die Durchsetzung eigener Bedürfnisse verlieren vergleichsweise stark an Bedeutung. Insgesamt stehen idealistische, eher sinnstiftende Wertorientierungen bei jungen Menschen wieder höher im Kurs. Gegenläufig ist die Entwicklung bei tendenziell materialistischen Orientierungen, die darauf abzielen, die persönliche Macht und Durchsetzungskraft zu steigern.

Eltern und Familie

Im Ergebnis zeichnet sich ein relativ familienorientiertes Bild ab. Das Verhältnis der Jugendlichen zu ihren Eltern ist überwiegend gut. Die Mehrheit sieht ihre Eltern als Erziehungsvorbilder. Der Kinderwunsch ist stabil.

Schule und Abschluss

Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält an. Das Gymnasium ist unangefochten die populärste Schulform und unter den Mädchen sogar schon die Schule, die von einer absoluten Mehrheit besucht wird. Entsprechend ist das Abitur der mit Abstand am häufigsten angestrebte Schulabschluss. Der Trend zur akademischen Bildung nimmt weiter zu. Integrierte Schulformen, die in fast allen Bundesländern eingeführt wurden, verzeichnen die stärksten Zuwächse seit 2015. Der Anteil der Jugendlichen, die sie

besuchen, hat sich seit 2002 verdoppelt. Entsprechend weniger Jugendliche gehen auf eine Haupt- oder Realschule.

Zusammenhang Bildung und soziale Herkunft

Nach wie vor lässt sich ein starker Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft feststellen. Bei Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern ist es nur halb so wahrscheinlich, dass sie das Abitur erreichen wie bei Jugendlichen aus gebildeten Elternhäusern. Allerdings ist die Bildungspolitik der letzten Jahre insofern erfolgreich, als auch Jugendliche aus bildungsfernen Schichten das Abitur mittlerweile deutlich häufiger anstreben bzw. erreichen als früher.

Webseite:

www.shell.de/jugendstudie

ERFOLGREICHE SCHÜLER*INNEN DER FOS WIRTSCHAFT PRÄMIERT

Auch dieses Jahr haben wieder Schüler*innen der Fachoberschule mit Schwerpunkt Wirtschaft der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg (LGS) am Deutschen Gründerpreis für Schüler (DGPS), dem bundesweit größten Existenzgründer-Planenspiel, mit 5 Schülerteams der Klasse

te Projektrunde 2020 und wird die Schüler*innen sicherlich zusätzlich anspornen.

Das **Team Future Nutrition** erreichte in Hessen Platz 14 und kam mit 3095 Punkten auf Gesamtplatz 249 von insgesamt 824 teilnehmenden Teams.



Foto (von links nach rechts) Dany Meindl und Hans-Peter Schmücker (Sparkasse Dieburg), Beate Bauer (Abteilungsleiterin FOS), Klaus Mahla (stellv. Schulleiter), Julius Kreutz, Mihriban Karcak, Vivien Martina, Edwin Ertel (Schüler der 12FO3w) und Thomas Gleißner (Projektbetreuer)

12FO3w teilgenommen. Insgesamt haben sich 2019 824 Schülerteams von allgemein- und berufsbildenden Schulen an dem Wettbewerb beteiligt.

Die Ergebnisse der fünf Schülerteams der Fachoberschule können sich sehen lassen. Die beiden besten Teams haben für ihre Leistung und als Anerkennung für die gute Platzierung von der Sparkasse Dieburg einen Geldpreis von jeweils 100 Euro erhalten. Für die LGS gab es außerdem 500 Euro als Prämie für die Unterstützung und Teilnahme der Schule am Wettbewerb. Das ist eine echte Motivation für die nächs-

Geschäftsidee:

Statt bisherigem Pulververkauf von Eiweiß für Shakes wird das Pulver für die Shakes in Form von Tabs angeboten. Damit sind diese „Protein-Tabs“ handlicher und einfacher zu dosieren.

Das **Team MKK** erreichte in Hessen Platz 18 und kam mit 3000 Punkten auf Gesamtplatz 288 von insgesamt 824 teilnehmenden Teams.

Geschäftsidee:

Entwicklung und Betreiben einer

Internetplattform bzw. App, mit Hilfe derer Kunden selbständig und unabhängig von Zeit und Ort Termine bei Dienstleistungsunternehmen vereinbaren und bereits im Voraus bezahlen können.

Ziel des Gründerwettbewerbs ist es, das Gründungsklima im Land zu fördern und potenziellen Unternehmern Mut zur Selbstständigkeit zu machen. Der Deutsche Gründerpreis für Schüler (DGPS) beginnt mit diesem Ziel an der Basis: bei den Gründern von morgen. Der DGPS wird unterstützt durch Bertelsmann, Gruner + Jahr, die Süddeutsche Zeitung und die Versicherungen der Sparkassen. **Kooperationspartner** sind neben dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auch verschiedene Kultusministerien und Bildungsinitiativen.

Lernen im Projekt

Die Schüler*innen arbeiten weitestgehend selbstständig in Teams mit drei bis sechs Schüler*innen und müssen dabei ihre betriebswirtschaftlichen Kenntnisse praktisch anwenden und in detaillierten Planungen dokumentieren. Gemeinsam entwickeln sie eine Geschäftsidee, die zwar fiktiv, aber grundsätzlich realisierbar und legal ist. Anhand von neun Aufgaben, die sie online erhalten, erstellen die potenziellen Geschäftsgründer ein Unternehmenskonzept – von der Finanzierung über die Produktentwicklung bis hin zum Vertrieb mit Businessplan und Marketingstrategie. Nicht das kreativste Produkt, sondern das überzeugendste Konzept erhält am Ende die bundesweite Ehrung.

Die Aufgaben und Rollen des betreuenden Projektlehrers sind vielfältig und anspruchsvoll, da die Teams während der gesamten Spielphase von diesem begleitet werden. Er ist Ideen- und Impulsgeber und ermutigt die Jugendlichen, ein Team zu bilden und eine Strategie zu entwickeln. Er motiviert die Schüler*innen, ein gemeinsam festgelegtes Ziel auch über einen längeren Zeitraum hinweg nicht aus den Augen zu verlieren. Außerdem moderiert er Teamprozesse in den verschiedenen Phasen des Existenzgründer-Planspiels und steht bei fachlichen Fragen als Ratgeber zur Verfügung. Und wenn es mal kriselt, ist er auch Vertrauensperson, wenn die Schüler*innen an ihre Grenzen stoßen und die Teams mit kleinen Rückschlägen und Krisen zu kämpfen haben.

Der Unterricht wird dadurch

(fast) zu einem Selbstläufer, weil die Schüler*innen selbstständig kreative Ideen entwickeln und selbst entscheiden können, welches Ziel sie verfolgen wollen. Mit den Aufgaben des DGPS-Planspiels entwickeln die Schüler Eigeninitiative, Teamfähigkeit und Kreativität. Durch den Wettbewerbscharakter (die Teams erfahren regelmäßig ihren aktuellen Spielstand) nehmen sie oftmals freiwillig Mehraufwand in Kauf und spornen sich gegenseitig an. So etwas findet man in einem normalen Unterricht eher selten und ist immer dann als Lehrer erlebbar, wenn man Schüler eigenverantwortlich und kreativ arbeiten lässt. Der Lehrer oder Coach wird durch die enge Zusammenarbeit schnell zu einem festen Teil des Teams. Diskussionen finden auf Augenhöhe statt.

Und schließlich ist der Projekt-

lehrer auch der offizielle Ansprechpartner für den Deutschen Gründerpreises.

Der Ablauf des Planspiels ist zeitlich und inhaltlich, vom Start am 23. Februar bis Juni mit der Jurybewertung klar geregelt. Die Teams erhalten Schritt für Schritt per E-Mail neun Aufgaben, die sie innerhalb einer festgelegten Zeit bearbeiten müssen. Auf der internetbasierten Spielplattform sind die Aufgaben von Beginn an online einsehbar.

Thomas Gleisner

Quelle (Homepage der LGS):
<https://www.lgs-dieburg.de/338-sparkasse-praemiert-die-erfolgreichen-schueler-der-fachoberschule-wirtschaft.html>

Anmeldung für den neuen Wettbewerb 2020: 15. Oktober 2019 bis 21. Februar 2020 Link: www.dgpschueler.de/top/ anmelden.html

„Schüler für Wirtschaft zu begeistern, kann ganz einfach sein – vor allem, wenn sie selbst entscheiden, welches Ziel sie verfolgen....“

„Vor allem im Fach Wirtschaftskunde kann das Thema Existenzgründung theoretisch und praktisch am Beispiel des Deutschen Gründerpreises für Schüler behandelt werden. Aber auch in anderen Fächern, wie z.B. Deutsch, Sozialkunde, Ethik, Mathematik oder Informatik, bieten die Aufgaben und Folien-sammlungen zahlreiche Ansätze, Wirtschaftszusammenhänge realitätsnah in den Unterricht einzubinden.“ Und: „Die Aufgaben sind an die Lehrpläne der Bundesländer angepasst, sodass sich eine Teilnahme in der Regel gut in den Unterricht integrieren lässt.“ (alle Zitate: Homepage Deutscher Gründerpreis für Schüler, DGPS)

Auch hier wird, wie überwiegend in den deutschen Leitmedien, wie selbstverständlich „Wirtschaft“

mit Unternehmern gleichgesetzt.

In meinem Buch „Mit Demokratie ernst machen“ habe ich dafür plädiert, angesichts der extrem knappen Zeit für politische Bildung den Demokratiedanken in den Schulen zu stärken.

Problematisch finde ich den Ansatz, als Antwort auf die Schwierigkeit vieler Jugendlicher, gute oder überhaupt Ausbildungsplätze zu bekommen und später auskömmliche und sichere Arbeitsplätze zu finden, die unternehmerische Selbstständigkeit mit ihren Chancen und Risiken als eine der Möglichkeiten zu propagieren. Dafür gibt es sicherlich im Rahmen des ‚Projektgedankens‘ auch spezifische Gründe oder Begründungen.

Diese werden in dem vorherigen Beitrag ja auch eingängig beschrieben. Und in Bezug auf die betriebswirtschaftlichen Fächer ist ein solches Projekt auch nachvollziehbar und kann an höheren beruflichen Schulen eine kritisch-reflektierte Auseinandersetzung auf Basis fundierter Fachkenntnisse ermöglichen. Obwohl der Projektgedanke auch auf alternative Projekte - beispielsweise aus Sicht eines Betriebsrats bei Umstrukturierungen - anwendbar wäre.

Christine Barp und Tim Engartner beklagen in den „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (12/2019) zu Recht die zunehmende Verdrängung von politischer Bildung durch ökonomische Bildung.

Herbert Storn

ZUKÜNFTIGE BERUFE UND QUALIFIKATIONEN

Stellungnahme zum Statement des BIBB-Präsidenten Friedrich H. Esser in BWP 3/2019, abgedruckt im insider 3/2019, S. 4

Der BIBB-Präsident verweist in seiner Stellungnahme zu zukünftigen Berufen und Qualifikationen darauf, dass bei den Berufen trotz der Herausforderungen durch die 4. Industrielle Revolution die wesentlichen Kern-tätigkeiten erhalten blieben, einzelne Aufgaben jedoch an Bedeutung gewinnen würden. Er bezieht sich dabei auf Ergebnisse von Untersuchungen des BIBB. Zuzustimmen ist sicherlich der Aussage, dass wichtige Kern-tätigkeiten erhalten bleiben werden. Als zunehmend bedeutend bewertet der BIBB-Präsident: Informationstechnik, IT-Sicherheit, IT-gestütztes Kommunizieren, Digitalkompetenz, Prozess- und Systemverständnis, Selbstlernkompetenz, Flexibilität und Spontanität. Sieht man davon ab, dass völlig unklar ist, was sich hinter einer Digitalkompetenz verbirgt (bisher wurde weder von einer „Elektrokompetenz“ noch einer „Hydraulikkompetenz“ etc. gesprochen), so erstaunt es, dass Informationstechnik, IT-gestütztes Kommunizieren, Prozess- und Systemverständnis in den Vordergrund gerückt werden sollen; handelt es sich doch dabei um Befähigungen, die in den Ordnungsmitteln bereits seit den 1990er-Jahren festgeschrieben sind. Sogar Selbstlernkompetenz, Flexibilität und Spontanität sollen durch die in allen Lehrplänen verankerte Handlungskompetenz seit den 1990er-Jahren gefördert werden. Wenn das bisher nicht in ausreichendem Umfang geschieht, dann ist womöglich die Weiterbildung von Ausbildern und Lehrkräften zu intensivieren.

Massiver Druck auf die Berufsbildung

Zu kritisieren ist, dass zu ganz wesentlichen Entwicklungen wie dem Wandel der Arbeit, das Arbeiten mit veränderten Mensch-Maschine-

Schnittstellen und den Konsequenzen, die aus veränderten Arbeitsorganisationsformen resultieren, nichts in der Stellungnahme gesagt wird. Ist doch der momentane Wandel verbunden mit einer bereits sichtbaren Veränderung aller beruflichen, sozialen und privaten Zusammenhänge. Das hat erhebliche Konsequenzen für Bildung und Berufsbildung. Auch die mögliche Rolle von Künstlicher Intelligenz und die „Macht“ elektronischer Netzwerke in der Arbeitswelt und im Alltag haben erhebliche Wirkungen auf unsere Lebensgestaltung. Diese Entwicklungen können nicht durch eine auf einzelne Technikkomponenten ausgerichtete Renovierung der Ordnungsmittel bewältigt werden.

Grenzüberschreitende Herausforderungen

Das Statement des BIBB-Präsidenten greift zu kurz. Es übersieht, dass in der Arbeitswelt ein Paradigmenwechsel von statten geht. Dieser macht es erforderlich, zu analysieren, welche Veränderungen daraus resultieren und zu entscheiden, wie die 326 Berufsbilder zu innovieren sind, um den Anforderungen der 4. Industriellen Revolution gerecht zu werden. Es ist zu klären, welche Konsequenzen die „intelligenter“ werdende Arbeitswelt hat, die einher geht mit einer engen Verflechtung menschlicher und technischer Aktivitäten, vorausgesetzt, die Menschen werden auf den Umgang mit offenen, hybriden und vernetzten Systemen vorbereitet, die die Grenzen soziotechnischer Systeme und deren Abgeschlossenheit übersteigen. Es kommt zu einer neuen Verteilung von Entscheidungen zwischen Menschen und Cyber-Physischen Systemen, die gekennzeichnet sind von einer

- Verlagerung fester Ablaufstrukturen hin zu einer lockeren Koppelung,
- situativen Verteilung von Aktivitäten auf Menschen, Maschinen und Programme,
- sequentiellen Problembearbeitung hin zu einer selbst organisierten und
- durch Programmstrukturen vorgegebenen Produktion hin zu einer interaktivitätsgesteuerten Mensch-Maschine-Umwelt Beziehung.

Zukunft ist zu gestalten

Ohne eine strukturelle Reformierung der 326 Berufe wird es kurz- und längerfristig nicht gelingen, den in der Arbeitswelt, im Privaten und gesellschaftlich stattfindenden Wandel erfolgreich zu begleiten und die Aktualität des Berufsbildungssystems abzusichern. Alle Sozialpartner, Wissenschaftler, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und Ministerien sind gefordert, die fragmentierten Analysen der verschiedenen technologischen Entwicklungen zu überwinden, um zu einer Gesamtbetrachtung in Verbindung mit einer umfassenden Veränderungsstrategie zu kommen, die das Innovieren aller Berufe zum Ziel hat. Dabei ist zu klären, wie die strukturelle Ausrichtung der Berufsbilder zukünftig zu gestalten ist, welche Leitidee verfolgt werden soll und wie tiefgehend die Veränderungen jedes einzelnen Berufes sein sollen. Ein Rahmen für diese Schritte ist von den Zuständigen zu schaffen.

Prof. Dr. Georg Spöttl
Universität Brem

DURCHWACHSENE AUSBILDUNGSBILANZ 2019 - HERAUSFORDERUNGEN BLEIBEN GROSS

11.12.2019 Heute hat der Hauptausschuss beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), das sogenannte Parlament der Berufsbildung, die Ausbildungsmarktsituation 2019 beraten. Das BIBB hat die aktuellen Daten aufbereitet. Die Beurteilung der Lage fällt wie zu erwarten unterschiedlich aus. Die Arbeitgeber bewerten die Situation eher positiv. Die Gewerkschaften sehen nach wie vor große Herausforderung. „73.700 junge Menschen suchen bisher vergeblich eine Ausbildungsstelle. Es gibt zwar regional große Unterschiede am Ausbildungsmarkt, aber selbst wenn es gelingen würde, alle offenen Ausbildungsstellen zu besetzen, blieben immer noch zu viele Jugendliche auf der Strecke“, so Thomas Ressel, für die IG Metall im BIBB-Hauptausschuss.

598.800 jungen Menschen haben nach einer Ausbildung nachgefragt, damit lag die Nachfrage um 11.200 unter dem Vorjahreswert. Damit haben die seit 2016 wieder sinkenden Schulabgängerzahlen den Ausbildungsmarkt erreicht. Parallel zur gesunkenen Ausbildungsplatznachfrage ging 2019 auch die Zahl der neu abgeschlossenen dualen Ausbildungsverträge zurück. Mit 525.100 fiel sie um 6.300 niedriger aus als 2018. (Davon sind 510.714 betriebliche Ausbildungsplätze und 14.367 öffentlich geförderte Plätze.DS)

Dies sind zentrale Ergebnisse der Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2019. Sie basieren auf der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum Stichtag 30. September sowie auf der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Bereits zwischen 2016 und 2018 war laut Statistischem Bundesamt die Zahl der Abgänger und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen um 43.400 gefallen. 2019 dürfte sie nach ersten Schätzungen nochmals um rund 7.000 gesunken sein. Ausschlaggebend hierfür ist die demografische Entwicklung. Bislang konnten die daraus resultierenden Nachfragerückgänge nach dualer Berufsausbildung jedoch durch eine wachsende Ausbildungs-

nachfrage junger Geflüchteter kompensiert werden. 2019 stieg die Zahl der Geflüchteten, die sich bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber registrieren ließen, aber nicht mehr an. Mit 38.100 verharrte sie in etwa auf dem Vorjahreswert.



Wie bereits in den Vorjahren blieben auch 2019 viele Betriebe und Jugendliche bei ihrer Suche auf dem Ausbildungsmarkt erfolglos. 53.100 beziehungsweise 9,4 % aller von Betrieben angebotenen Ausbildungsplätze blieben unbesetzt, und rund 73.700 Jugendliche (12,3 %) suchten vergeblich nach einem ihnen passend erscheinenden Ausbildungsplatz, darunter auch auffallend viele - knapp zwei Drittel - mit mittlerem Schulabschluss oder Studienberechtigung. Voneinander abweichende Vorstellungen der Betriebe und Jugendlichen, in welchen Berufen oder Regionen die Ausbildung stattfinden oder über welche Merkmale der jeweilige Ausbildungsvertragspartner verfügen soll, waren hierfür die Ursache.

BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser rief dazu auf, die Anstrengungen zur Steigerung der Wertschätzung und Attraktivität von dualen Ausbildungsberufen, insbesondere denen mit anhaltenden Besetzungsproblemen, fortzuführen: „Nur wenn es uns gelingt, die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt weiter zu reduzieren und Angebot und Nachfrage wieder besser zusammenzubringen, werden wir die aktuellen demografischen Herausforderungen bewältigen und den Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern können.“

Aus: wap-IGM 13.12.2019

Weitere Informationen, Statistiken, Tabellen, Grafiken und interaktive Regionalkarten im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/naa309-2019 sowie im Fachbeitrag „Weniger Ausbildungsverträge als Folge sinkender Angebots- und Nachfragezahlen. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2019“ unter www.bibb.de/ausbildungsmarkt2019

Wann endlich wird bei den alljährlichen Ausbildungsstatistiken und daraus erfolgenden Bewertungen die Tatsache berücksichtigt, dass es mehr als 1,5 Mio. junger Menschen zwischen 25 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss gibt. (DS)

GUTER TAG FÜR DIE BERUFSBILDUNG?

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 29.11.2019 der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zugestimmt. Somit tritt das neue Gesetz zum 01.01.2020 in Kraft.

sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban. „Bildungsministerin Anja Karliczek setzt auch in der Fortbildung statt auf Qualität nur auf Kosmetik,

abschlüsse (2400 h Ausbildung) nach Landesrecht trifft diese neue Bezeichnung nicht zu und bedeutet somit eher eine Abwertung. Diese Weiterbildung wird von der KMK

immer noch nicht dem tertiären Bildungsbereich zugeordnet (KMK spricht von postsekundären Fortbildungen), noch wird in den Bundesländern Abschlussbezeichnungen wie Bachelor Professional erlaubt. Berlin (BMBF) kann schöne Vorschläge unterbreiten, Fachschulabschlüsse sind aber Ländersache.

Dazu erklärt Bundesbildungsministerin Anja Karliczek: „Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz machen wir die berufliche Bildung in Deutschland attraktiver. (...) In Deutschland gibt es zwei gleichwertige Qualifizierungswege, nämlich höherqualifizierende Berufsbildung

und Studium. (...) Wenn wir künftig die Fortbildungsabschlüsse besser sichtbar (s.o.) machen, zeigen wir damit unsere Wertschätzung für beide. Beide sind stark!
Mehr unter: <https://www.bmbf.de/de/karliczek-guter-tag-fuer-die-berufsbildung-10316.html>

Umbenennung sorgt für Verwirrung (IG Metall)

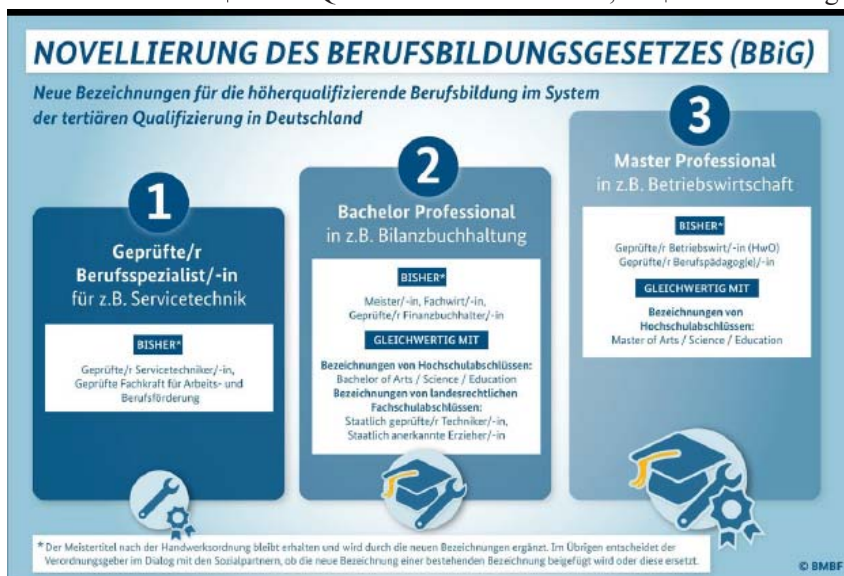
Warum diese Novellierung für die berufliche Weiterbildung Augenwischerei bzw. eine Mogelpackung ist und „wenig Qualität, mehr Kosmetik“ hat, wie Hans-Jürgen Urban (IGM) es ausdrückt, soll im Folgenden näher dargelegt werden.

❁ Bewährte und bekannte Fortbildungsabschlüsse wie der Industriemeister sollen laut Gesetzesreform in Bachelor Professional umbenannt werden. „Das schafft eher Verwirrung und bringt qualitativ gar nichts“,

das ist völlig unzureichend.“ Um die Qualität der beruflichen Aufstiegsfortbildung zu verbessern, sind verbindliche Rahmenpläne für die Lernprozesse so wie in der Ausbildung einzuführen. Dafür macht sich die IG Metall weiter stark.

❁ Die „Techniker-Fortbildung“ wurde glatt weg vergessen und wird nicht explizit erwähnt; außer am Rande der Übersicht, s.o. Stufe 2

In Stufe 2 wird mit dem „Bachelor Professional“ geworben bzw. als attraktiv dargestellt mit Hinweis auf die tertiäre Bildung in Deutschland. Da ist von Gleichwertigkeit mit den Bezeichnungen von landesrechtlichen Fachschulabschlüssen die Rede, wie z.B. Staatlich geprüften Techniker/-in. Diese Aufwertung mag für Meister (IHK, HK mit um 1500 h Ausbildung) gelten und etwas bringen, für die Fachschul-



Die neuen Stufen der beruflichen Bildung. © BMBF

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Drucklegung Jan. 2020

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880

Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Gründrucken Print and
Packaging GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentliche Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

GASTROINKLUSIV –

Inklusive Lernmaterialien für eine nachhaltige Gastronomie

Inkclusion im beruflichen Fachunterricht birgt große Herausforderungen: Wie umgehen mit heterogenen Schülergruppen mit unterschiedlichen Niveaustufen? Wie sicherstellen, dass alle Teilnehmenden auf ihrem persönlichen Level mitgenommen werden, dass sie Lerninhalte für sich schlüssig verarbeiten und schließlich auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können? Die Strategische Partnerschaft „GastroINKLUSIV – Neue Modelle für inklusiven Fachunterricht an der Berufsschule“ hat sich diesen „Stolpersteinen“ mit Fokus auf das Themenfeld Gastronomie angenommen: Das Projektkonsortium aus Berufsschulen, Bildungsakturen und Unternehmen entwickelte Lernmodelle und formulierte Empfehlungen für Berufsschule und Unternehmen.

Nah am Lernenden, nah an der Praxis

Inklusiver Unterricht, das heißt gemeinsam lernen, unabhängig von vorhandenen Handicaps. Um dies zu ermöglichen, werden Ideen und Material benötigt, damit Lehrkräfte dies konkret und gewinnbringend in der Unterrichtssituation umsetzen können. So machte es sich das Projektteam – elf Partnereinrichtungen aus drei EU-Ländern – zur Aufgabe, Handreichungen für inklusiven Fachunterricht im Bereich Gastronomie zu entwickeln, die für eine möglichst breite Zielgruppe geeignet sind. Es entstand ein inklusives Lernmodell: Lernziele und -inhalte wurden erarbeitet und Lernmaterialien in Standard-, Einfacher und Leichter Sprache entwickelt. Ergänzt werden die Materialien durch didaktische Anleitungen für die Lehrkräfte.

Blick „über den Tellerrand“

Neben vier Lerneinheiten zu den Themen Fleisch, Fisch, Gemüse und ressourcenschonendem Umgang mit Lebensmitteln umfassen die erarbeiteten Materialien auch das Planspiel „Hühner für Ghana?“ zu Geflügelexporten nach Afrika. Es lässt die Teilnehmenden selbst in die Rolle von Interessenvertretern/-innen schlüpfen und regt zu Diskussion und Kompromissfindung an. Der Blick über die eigene Lebensrealität hinaus, das Erkennen von neuen Zusammenhängen und die Interaktion mit den Mitspielenden vermag zu aktivieren und zu mehr Engagement – z.B. in politischen, sozialen oder interkulturellen Kontexten – zu motivieren.

Nachhaltiges Handeln fördern

In unserer globalisierten Welt gilt es zunehmend, das eigene Handeln zu reflektieren. Welche Auswirkungen hat mein (Konsum-)Handeln? Wie gehe ich schonend mit Ressourcen um? Auch diesen Aspekt griff das Projektkonsortium auf: Die erarbeiteten Materialien verbinden die Themen Nachhaltigkeit und Globalisierung mit Themen des Gastronomie-Fachunterrichts. Die Auszubildenden werden so für die Konsequenzen des eigenen Handelns in Beruf und Privatleben sensibilisiert und erhalten neue Perspektiven auf ihr Berufsfeld.

Aus der Homepage:

<https://www.na-bibb.de/ernaerung/berufsbildung/strategische-partnerschaften/good-practices/gastroinklusive/>

didacta 2020 – Bildung begegnen

Weltweit größte und wichtigste Bildungsmesse erwartet in Stuttgart rund 90.000 Besucher

Ab dem 24. März 2020 dreht sich auf der didacta – die Bildungsmesse (24. bis 28. März 2020) in Stuttgart fünf Tage lang wieder alles um Bildung. Auf der weltweit größten Messe für den gesamten Bildungssektor zeigen über 800 Unternehmen aus rund 40 Ländern ein umfassendes Leistungsspektrum von Ausstattungen und Einrichtungen, Bildungsmedien und didaktischen Materialien für alle Bildungs- und Erziehungsbereiche. Mit ihrem breit gefächerten Rahmen- und Kongressprogramm unterstreicht die didacta – die Bildungsmesse ihre Leitfunktion als „Bildungsgipfel“ für Fachwelt und Öffentlichkeit. Die didacta – die Bildungsmesse 2020 bietet ihren Besuchern ein Rahmenprogramm mit rund 1.500 einzigartigen, hoch informativen Veranstaltungen. Das umfangreiche Fortbildungsprogramm für Fachkräfte aller Bildungsbereiche wird durch Vorträge, Podiumsveranstaltungen, Workshops und Seminare ergänzt.

Weitere Informationen unter www.didacta-messe.de

LEARNTEC 2020 verknüpft digitale Lernrends mit Live Experience

Vom 28. bis 30. Januar 2020 zeigt die 28. LEARNTEC in Karlsruhe, Europas größte Fachveranstaltung für digitale Bildung, wieder aktuelle Trends und Entwicklungen rund um die Zukunft des technologiegestützten Lernens.

Der begleitende LEARNTEC Kongress widmet sich 2020 der Zukunft der Arbeit und der Künstlichen Intelligenz (KI) im Lernen. Hochkarätige Vertreter aus Mittelstand, Großindustrie, Politik und Wissenschaft diskutieren beispielsweise den Status Quo von KI in Deutschland und die Visionen und Möglichkeiten des Einsatzes in der Bildung.

Näheres unter www.learntec.de



ALL DAYS FOR FUTURE

Energievielfalt in der gewerblich-technischen Berufsbildung

20.-21. März 2020 in Hamburg

Anmeldung und weitere Informationen www.bag-elektrometall.de

Tagungsort: Berufliche Schule Anlagen- und Konstruktionstechnik am Inseipark BS13

Dratelnstr. 24 • 21109 Hamburg –Wilhelmsburg.